

Francesco Di Palma

„Rote“ Städtepartnerschaften als die besseren kommunistischen Beziehungen im geteilten Europa?

Italien, Frankreich und die DDR im späten Kalten Krieg

Abstract: This article uses the example of a trilateral network of relationships to offer a critical and much-needed contribution to the history of town twinning across the Iron Curtain through the late 1970s and 1980s. The chosen case studies are Italy and France on the one hand, the two countries with the most influential communist parties in Western Europe – the PCI (Partito Comunista Italiano) and the PCF (Parti Communiste Français) –, and the SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Socialist Unity Party of Germany) on the other, the state party of the German Democratic Republic (GDR). Exploration of such transnational relationships is essential for a better understanding of the Cold War on a regional and local level, as ideological disputes arose regularly despite the supposedly neutral character of municipal ties. What characterized the networking between the French and Italian cities, mostly governed by the PCF and the PCI respectively, and the „real socialist“ Eastern German municipalities, and why or to what extent did they constitute an exception within relations among the three communist parties? The essay critically examines this issue and shows that the translocal scope of the connections potentially enabled the relevant actors to maintain and secure the transsocietal and sociocultural focus of exchange even amidst the most serious tensions of the late Cold War. Nevertheless, countering the assumption that such connections thrived almost automatically thanks to the allegedly shared ideological roots of the participants, it shows that communal ties were virtually always torn between utopian visions of the future and the interests of „Realpolitik“.

Einleitung, Forschungsstand und leitende These

Im Folgenden soll die Geschichte von über den Eisernen Vorhang hinaus verlaufenden Städtepartnerschaften am Beispiel eines trilateralen Beziehungsgeflechts vorgestellt werden. Die dafür ausgewählten Untersuchungsgegenstände sind einerseits Italien und Frankreich, die zwei Länder mit den wählerstärksten kommunistischen Parteien Westeuropas – dem PCI (Partito Comunista Italiano) und dem PCF (Parti Communiste Français), andererseits die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands),

Kontakt: Francesco Di Palma, f.dipalma@dhi-roma.it

QFIAB 103 (2023) — DOI 10.1515/qufiab-2023-0020

 Open Access. © 2023 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter.  Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

die Staatspartei der DDR. Die Wahl der SED/DDR als Bezugs- und Kontaktpartner für die beiden bedeutendsten westeuropäischen kommunistischen Parteien ist zum einen in ihrer Sonderstellung als verlängerter Arm des Warschauer Paktes an der Nahtstelle zwischen Ost und West sowie als „Sprachrohr“ Moskaus im Herzen Europas begründet. Zum anderen ergibt sich diese Fokussierung aus ihrer Rolle als Mittler im Dialog zwischen Gesellschaften über die Blöcke hinweg, so besonders nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968, einem Ereignis, welches die Direktbeziehungen zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und westeuropäischen kommunistischen Parteien z. T. erheblich beschädigte.¹ Zur Einrichtung von Städtepartnerschaften gehörte der Abschluss eines Abkommens, das eine Verschwisterung auf der Grundlage wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Gemeinsamkeiten zwischen Städten verschiedener Staaten besiegelte. Solche Praxis nahm unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Ausgang.² Startpunkt war die Unterzeichnung eines Dokuments, das ein binnen einer vereinbarten Zeitspanne durchzuführendes, gemeinsames Programm festlegte. Durch die gegenseitige Entsendung von Abordnungen ausgewählter Bürger, die in der Regel von Verwaltungsbeamten und Politikern geleitet wurden, nahm die Partnerschaft Gestalt an. Das prominenteste Ziel der Verschwisterungen war es, den durch den – noch nicht weit zurückliegenden – Zweiten Weltkrieg verursachten Spaltungen entgegenzuwirken und für Aussöhnung zwischen den Völkern zu sorgen. Oft und schon ab den 1960er Jahren verliefen solche Beziehungen auch über den Eisernen Vorhang hinaus. Gerade die Erforschung solcher transnationalen Verflechtungen ist zum besseren Verständnis des Kalten Krieges auf regionaler und lokaler Ebene unerlässlich, denn ideologische Auseinandersetzungen standen trotz des zur Schau getragenen neutralen Charakters der kommunalen Ver-

1 Vgl. u. a. Arnd Bauerkämper/Francesco Di Palma (Hg.), *Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas (1968 bis 1989)*, Berlin 2011; Hans-Jürgen Fink, *Die DDR und der Westen. Probleme und Interessen*, in: *Deutschland Archiv* 12,3 (1979), S. 290–302; Johannes Kuppe, *Die DDR und der Westen. Die Beziehungen zu den drei Westmächten*, in: *Deutschland Archiv* 12,12 (1979), S. 1299–1311; Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder*, München-Wien 1980; Hans-Joachim Veen/Peter R. Weilemann (Hg.), *Die Westpolitik der DDR. Beziehungen der DDR zu ausgewählten westlichen Industriestaaten in den 70er und 80er Jahren*, Melle 1989; Hermann Wenter, *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989*, München 2007; Ulrich Pfeil, *Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990*, Köln 2004; ders. (Hg.), *La RDA et l'Occident 1949–1990*, Asnières 2000; Johannes Lill, *Völkerfreundschaft im Kalten Krieg? Die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen der DDR zu Italien 1949–1973*, Frankfurt a. M. 2001; Charis Pöthig, *Italien und die DDR. Die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen von 1949 bis 1980*, Frankfurt a. M. 2000.

2 Vgl. u. a. Julia Grosspietsch, *The Changing Geographies of International Municipal Relations in Europe. A study of British-German Town Twinning Partnerships*, Loughborough 2011; Andreas Langenohl, *Town Twinning, Transnational Connections, and Trans-Local Citizenship Practices in Europe*, Basingstoke 2015.

bindungen auf der Tagesordnung. Die Politisierung internationaler Beziehungen war somit freilich unvermeidbar.

Das wissenschaftliche Interesse für solche Beziehungen auf kommunaler Ebene ist seit etwa zwei Dekaden reger denn je.³ Dies ist einerseits mit der (meist) guten Quellenlage zu begründen, welche mikrogeschichtliche Studien erlaubt. Andererseits ist dieser Umstand auf die einschlägige sozialgeschichtliche und historisch-anthropologische Forschung zurückzuführen, die sich jüngst in verstärktem Maße mit Begriffen wie „micro-sociability“, „mental maps“ und nicht zuletzt mit „theories of exchange“ und „travelling memories“ befasst hat.⁴ Der vorliegende Artikel bezieht die neuesten Impulse ein und beabsichtigt, neue Akzente bei der Deutung „sozialistischer“ Städtepartnerschaften über den „Eisernen Vorhang“ hinweg zu setzen. Dazu gehören Überlegungen über die Möglichkeit der Anwendung erwähnter theoretischer Zugriffe auf die spezifischen Besonderheiten translokaler Geschichtsschreibung im Kalten Krieg. So trifft sicher zu, wie Teresa Malice jüngst angemerkt hat, dass die beteiligten Akteure „sozialistischer Städtepartnerschaften“ i. d. R. eine ähnliche Kultur und „shared imaginations of a better world“⁵ aufwiesen – gleichwohl sollte man sich mit Verallgemeinerungen zurückhalten. Malice bezieht sich dabei auf die 1960er und 1970er Jahre, als für die „sozialistische Familie“ fundamentale Begriffe wie „proletarischer Internationalismus“ vermutlich noch identitätsstiftenden Charakter besaßen. Für die Zeit danach, für den späten Kalten Krieg etwa, greift die Vorstellung einer sozialistischen „imagined community“ wohl zu kurz. Wie Ulrich Pfeil zu Recht angemerkt hat: „Das hohe theoretische Postulat vom proletarischen Internationalismus wurde zwar zu allen Zeiten des Kalten Krieges hoch gehalten, doch schon ein oberflächlicher Blick auf die *Histoire des communismes* wirft

3 Vgl. u. a. Antoine Vion, *Superare i conflitti. Il gemellaggio tra città europee dopo la Seconda guerra mondiale*, in: Patrizia Dogliani/Oscar Gaspari (Hg.), *L'Europa dei comuni. Origini e sviluppo del movimento comunale europeo dalla fine dell'Ottocento al secondo dopoguerra*, Roma 2003, S. 249–272; ders., *Europe from the Bottom Up. Town Twinning in France During the Cold War*, in: *Contemporary European History* 4,11 (2002), S. 623–640; Corine Defrance/Ulrich Pfeil (Hg.), *Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“? Deutschland in Europa nach 1945*, Bruxelles 2016.

4 Vgl. u. a. Sabine Damir-Geilsdorf/Angelika Hartmann/Béatrice Hendrich (Hg.), *Mental Maps – Raum – Erinnerung. Kulturwissenschaftliche Zugänge zum Verhältnis von Raum und Erinnerung*, Münster 2005; Jürgen Raab/Reiner Keller (Hg.), *Wissensforschung – Forschungswissen*, Basel 2016; darin insbesondere der Aufsatz von Andreas Langenohl, *Das ‚social imaginary‘ und das methodologische Prinzip Öffentlichkeit*, S. 574–584; Richard Ned Lebow, *The Memory of Politics in Postwar Europe*, in: ders./Wulf Kansteiner/Claudio Fugo (Hg.), *The Politics of Memory in Postwar Europe*, London 2006, S. 1–39; Ulrike Jureit, *Erfahrungsaufschichtung. Die diskursive Lagerung autobiographischer Erinnerungen*, in: Magnus Brechtken (Hg.), *Life Writing and Political Memoir – Lebenszeugnisse und Politische Memoiren*, Göttingen 2012, S. 225–242; Jan Assmann, *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität*, in: ders./Tonio Hölscher (Hg.), *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt a. M. 1988, S. 9–19; Astrid Erll, *Travelling Memory*, in: *Parallax* 17 (2011), S. 4–18.

5 Teresa Malice, *Transnational Imaginations of Socialism, Town Twinning and Local Government in „Red“ Italy and the GDR*, Berlin-Boston 2022, hier S. 367.

die Frage auf, ob er angesichts unterschiedlicher innen- und außenpolitischer Interessenlagen nicht eher zu den politischen Mythen des Kommunismus gehörte ...“⁶

Die vielen Beispiele von „microsociability“, die im Folgenden mosaikartig präsentiert werden, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die transnationalen Verbindungen immer zwei Ebenen aufwiesen, eine eben „mikrosoziale“ und eine politisch-ideologische, deren Formen und Grenzen die jeweiligen Parteien (bzw. deren Vorstände) vorgaben und die stets von der herrschenden politischen Lage abhängig waren.

Wie schon oft thematisiert, verstärkte sich die Entfremdung gegenüber dem Sowjetkommunismus in den 1970er und 1980er Jahren in fast allen kommunistischen Parteien Europas rapide.⁷ Dieser Trend war dennoch extrem komplex und unterlag i. d. R. genuin nationalen und lokalen Spezifika. Wie auch immer geartet, war ein solcher Prozess stets von einem Problem begleitet, das wohl alle kommunistischen Parteien gemeinsam hatten: den internen Widerspruch nämlich zwischen Theorie und Praxis bzw. Utopie und Pragmatismus.⁸ Der vorliegende Essay soll dieses spannungsgeladene Verhältnis am Beispiel ausgewählter Städtepartnerschaften im Dreiecksverhältnis paradigmatisch verdeutlichen.

Informelle Beziehungen und Rituale

Informelle, freundschaftliche Beziehungen spielten für die Anbahnung und Aufrechterhaltung guter Parteiverbindungen eine wichtige Rolle.⁹ Diese verliefen sowohl auf

6 Ulrich Pfeil, Der Mythos von den „Bruderparteien“, in: Bauerkämper/Di Palma (Hg.), *Bruderparteien* (wie Anm. 1), S. 69–84, hier S. 70.

7 Hierzu, zusammenfassend: Silvio Pons, General Introduction, in: ders./Juliane Fürst/Mark Selden (Hg.), *The Cambridge History of Communism*, Bd. 3: *Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present*, Cambridge 2017, S. 1–26.

8 Zu einem solchen grundsätzlichen Widerspruch siehe u. a. Pons, General Introduction (wie Anm. 7); David Priestland, *The Red Flag. A History of Communism*, New York 2009; Francesco Di Palma, Europa und die Kommunisten, in: Hartmut Kaelble/Arnd Bauerkämper (Hg.), *Europa – Visionen und Praxis im 20. und 21. Jahrhundert*, Berlin 2021, S. 122–142.

9 Die Konzepte „Eigensinn“ und „Performanz“ weisen auf eine neuartige Deutung von Politik hin. Diese wird demnach als eigenständiger Bereich der Entscheidungen von Staatsmännern, Eliten, bzw. des jeweiligen diplomatischen Handelns auf höchster Ebene eingeschränkt. Im Gegensatz dazu, so die These, legen spezifische Akteure in einem geschlossenen Interaktionsradius Formen und Ziele ihrer Kontakte bzw. ihres Tuns eigenständig fest. Vgl. über das – in diesem Zusammenhang auf Alf Lüdtke zurückgehende – Konzept „Eigensinn“ Thomas Lindenberger, *Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2.9.2014. Demnach bedingen u. a. soziales Handeln und kulturelle Faktoren die Grenze zwischen dem Politischen und dem Nichtpolitischen; ferner auch Christoph Wulf/Michael Göhlich/Jörg Zirfas, *Sprache, Macht und Handeln – Aspekte des Performativen*, in: dies. (Hg.), *Grundlagen des Performativen. Eine Einführung in die Zusammenhänge von Sprache, Macht und Handeln*, Weinheim 2001, S. 9–24; über die „soziale Konstruktion des Politischen“ siehe u. a. Alexander Wendt, *Social Theory of International Politics*, Cambridge 1999.

höchster Parteiebene als auch im lokalen und regionalen Bereich, wovon letztlich auch Städtepartnerschaften profitierten. Viele kommunistische Politiker hatten sich in der Sowjetunion oder im Rahmen gemeinsamer Widerstands- und Kampfhandlungen in den 1930er und 1940er Jahren kennengelernt.

Eine bedeutende Mittlerrolle im trilateralen Beziehungsgeflecht übernahm bspw. Franz Dahlem (1892–1981), Mitglied des Politbüros des ZK der SED. Dahlem war im Spanischen Bürgerkrieg zusammen mit u. a. Luigi Longo – von 1964 bis 1972 PCI-Generalsekretär – Mitglied der Zentralen Politischen Kommission der Interbrigaden. Außerdem hatte er seit 1964 die Leitung der zwei Jahre zuvor gegründeten Deutsch-Französischen Gesellschaft (Deufra) inne, die nunmehr eine übergeordnete Position bei der Steuerung der bilateralen Verbindungen zu Frankreich einnahm.¹⁰

Liebesbeziehungen sind ebenso zu erwähnen. Diese spielten bei Städteverschwisterungen zweifelsohne eine nicht zu unterschätzende Rolle. Jean Pierre Brard bspw., von 1971 bis 1983 stellvertretender und von 1984 bis 2008 Bürgermeister der Stadt Montreuil – mit Cottbus partnerschaftlich verbunden –, lernte in den 1970er Jahren während eines Aufenthalts in Rostock seine ostdeutsche Frau kennen.¹¹

Eine mehr oder minder romantisch verklärte, gemeinsame Vergangenheit der hier behandelten Parteien, insbesondere der einstige gemeinsame Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus, wurde gleichfalls rituell gefeiert. So zeichnete die SED bspw. im September 1970 italienische *partigiani* im Gedenken an den gemeinsamen antifaschistischen Kampf der Brigaden Garibaldi und Thälmann im Spanischen Bürgerkrieg mit Hans-Beimler-Medaillen aus.¹²

Die Reichweite und Strahlungskraft solcher Kontakte, Verbindungen und rituellen Inszenierungen verblassten jedoch ab den frühen 1970er aufgrund zunehmender, unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten auf Vorstandsebene rapide.

Zur Vorgeschichte

Das Jahr 1968 prägte die trilateralen Beziehungen zwischen dem PCI, dem PCF und der SED nachhaltig. Der PCI und der PCF befanden sich damals vor einem Wendepunkt in ihrer Geschichte. Letzterer billigte nach kurzem Zögern die militärische Intervention in der Tschechoslowakei und zementierte somit seine traditionelle prosowjetische Haltung. Der PCI hingegen suchte den Dialog mit sozialistischen und sozialdemokrati-

¹⁰ Vgl. Francesco Di Palma, Trouble for Moscow? Der Eurokommunismus und die Beziehungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) mit den kommunistischen Parteien Frankreichs (PCF) und Italiens (PCI) 1968–1990, Berlin-Boston 2022, S. 500–502; Pfeil, Die anderen deutsch-französischen Beziehungen (wie Anm. 1), S. 300 f.

¹¹ Interview des Autors mit Jean-Pierre Brard, am 15.3.2013 in Montreuil.

¹² Decorazioni della RDT ad antifascisti italiani a Roma, in: L'Unità, 24.9.1970.

schen Parteien Westeuropas und unterzog den Marxismus-Leninismus einer scharfen Kritik. Unter der Leitung der charismatischen Generalsekretäre Luigi Longo und seines Nachfolgers Enrico Berlinguer¹³ (von 1972 bis zu seinem Tod 1984) wandten sich die Italiener allmählich von der hegemonischen KPdSU ab.¹⁴

Die SED wies eine solche moskaukritische Politik des PCI mit aller Entschlossenheit zurück, fror aber ihre Verbindungen zu der westeuropäischen Großpartei nie ein. Die ostdeutschen Parteifunktionäre versprachen sich nämlich von einer Intensivierung ihrer Beziehungen zu Rom trotz des ideologischen Kontrasts vor allem einträgliche Geschäfte. Dieser Strategie kamen sie in den 1970er und 1980er Jahren in verstärktem Maße nach.

PCF-Generalsekretär Georges Marchais – dieser war 1972 Waldeck Rochet nachgefolgt – und sein Vorstand blieben aus Sicht der SED unumstößlich auf Linie, was innerhalb der Parteibasis (so vor allem unter Intellektuellen und Studierenden) und auf lokaler Ebene verbreitet für Unmut und Unsicherheit sorgte und schließlich eine langanhaltende Krise einläutete. Ein ideologischer Erneuerungsprozess war dem PCF aus einer Vielzahl von Gründen nicht gelungen. Der PCF konnte sich zu keiner Zeit über den Status einer Massenkaderpartei hinausentwickeln.¹⁵ Dies war selbst während dessen Teilnahme an der Linksunion¹⁶ von 1972 bis 1977 – als Partner der Parti Socialiste (PS) um François Mitterand – nicht möglich, obgleich in dieser Phase führende PCF-Politiker die Chance nutzten, um Kritik an der KPdSU und der SED auszuüben. Der abrupte Austritt des PCF aus der Linksunion nach dem Wahlsieg des PS bei den Kommunalwahlen vom März 1977 führte u. a. zu einer Wiederannäherung der französischen Kommunisten an den Ostblock und begünstigte die Intensivierung bilateraler Verbindungen zur SED.

Als sich die SED nach Ratifizierung des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik 1972/1973 dem außenpolitischen Ziel der Verfestigung der DDR in der internationalen Staatengemeinschaft zuwandte, ging sie umgehend dazu über, schon vorhandene Westkontakte auszubauen oder wieder zu beleben. Dabei nahm der PCI trotz der eigenen unaufhaltsamen Abkehr vom Marxismus-Leninismus eine besondere Mittlerrolle für Ost-Berlin im Westen ein. Schon zu Beginn der 1970er Jahre war deutlich geworden, dass die Nutzung von Kontakten zur Vorteilsgewinnung in Frankreich nur

¹³ Vgl. Silvio Pons, *Berlinguer e la fine del comunismo*, Torino 2006.

¹⁴ Vgl. u. a. Aldo Agosti, *Storia del Partito Comunista Italiano 1921–1991*, Roma 1999, hier insbesondere S. 97–114.

¹⁵ Vgl. Stéphane Courtois/Marc Lazar, *Histoire du Parti Communiste Français*, Paris 1995, hier S. 92–122; Roger Martelli, *L’empreinte communiste. PCF et société française, 1920–2010*, Paris 2010, hier S. 99–122.

¹⁶ Die Linksunion war ein Anfang 1972 vollzogener programmatischer und strategischer Schulterabschluss zwischen dem PS Frankreichs und dem PCF. Im September 1977 beschloss der Vorstand des PCF, aus der Allianz auszutreten, überwiegend infolge politischer Divergenzen mit den Sozialisten, welche die kommunistische Aufforderung nach verstärkten Nationalisierungen von wichtigen Industriezweigen missbilligten. Hierzu ausführlich: Courtois/Lazar, *Histoire* (wie Anm. 15), S. 147 f.

bedingt über den PCF lief, während der PCI als unumgänglicher Ansprechpartner in Italien galt. Ein solcher Umstand lässt sich wenig ideologisch, sondern eher pragmatisch erklären. Daran sollte sich lange Zeit nichts ändern, selbst als die Meinungsverschiedenheiten zwischen PCI und SED (bzw. KPdSU) anlässlich der Krisen in Afghanistan und Polen unüberbrückbar erschienen.¹⁷

Vor diesem Hintergrund wirft sich die Frage auf, wodurch sich die Beziehungen zwischen den französischen, meist durch den PCF regierten Städten, den italienischen, meist durch den PCI verwalteten Ortschaften, und der „real sozialistischen“ DDR tatsächlich auszeichneten und warum bzw. inwiefern sie eine Ausnahme im Verhältnis zwischen den drei kommunistischen Parteien darstellten. Der Umstand ist nennenswert, dass nicht nur kommunistische Parteimitglieder an den Partnerschaften beteiligt waren, bzw. dass die regionalen und lokalen Parteileitungen die Verschwisterungen allenfalls sporadisch kontrollierten. Der translokale Horizont der dabei entstandenen Beziehungen ermöglichte es den jeweiligen Akteuren, den transgesellschaftlichen¹⁸ und soziokulturellen Schwerpunkt des Austauschs auch mitten im Kalten Krieg aufrechtzuerhalten und zu sichern.

Delegationsreisen konnten bis zu Beginn der 1970er Jahre meist nur in eine Richtung erfolgen, nämlich aus dem jeweiligen westeuropäischen Land in die DDR. Mit der erfolgten diplomatischen Anerkennung des ostdeutschen Staates ab 1973 änderte sich der Trend etwas. Gleichwohl hielt sich die Gesamtzahl der Besuche von DDR-Vertretern im Gastland im Vergleich zu jenen der Franzosen oder der Italiener in Ostdeutschland auch nach Unterzeichnen des Grundlagenvertrages in Grenzen. Offizielle Schätzungen zur Anzahl existierender Städtepartnerschaften gingen oft auseinander und hingen vornehmlich von propagandistischen Zielen ab.¹⁹ Während der 1960er Jahre bereits intensivierten sich zwar die Beziehungen im städtepartnerschaftlichen Bereich – die entsprechenden Angaben von ostdeutscher, italienischer und französischer Seite stimmen aber nicht überein. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN gab für das Jahr 1962 fünfzig Städtepartnerschaften („Freundschaftsverträge“) an – die Anzahl hätte sich somit gegenüber dem Vorjahr (23) mehr als verdoppelt. Die Deufra ging 1962 von einer Gesamtzahl von 50, für das darauffolgende Jahr von 100 aus. Ähnlich verhält es sich mit Italien. Nach der Gründung des Nationalen Komitees Italien-DDR 1961 seien in Italien bis Ende der 1960er Jahre rund 50 örtliche Freundschaftskomitees und Städtepartnerschaften mit

17 Vgl. Di Palma, *Trouble for Moscow?* (wie Anm. 10).

18 Vgl. Melanie Hühn (Hg.), *Transkulturalität, Transnationalität, Transstaatlichkeit, Translokalität. Theoretische und empirische Begriffsbestimmungen*, Frankfurt a. d. O. 2010, hier S. 26–39; Robert Hettlage/Hans-Peter Müller (Hg.), *Die europäische Gesellschaft*, Konstanz 2006, darin insbesondere Kap. 3, *Europa als transgesellschaftlicher Prozess*, S. 131–271; Petra Deger/Robert Hettlage (Hg.), *Der europäische Raum. Die Konstruktion europäischer Grenzen*, Wiesbaden 2007; Francesco Di Palma, *PCF und SED im späten Kalten Krieg. Ein translokales Beziehungsgeflecht?*, in: Anne Kwaschik/Ulrich Pfeil (Hg.), *Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen*, Bruxelles 2013, S. 275–288.

19 Pfeil, *Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen* (wie Anm. 1), S. 383.

der DDR entstanden.²⁰ PCI-Quellen gehen von ca. der Hälfte (26) aus.²¹ Auch nach der Normalisierung der Beziehungen zwischen den drei Ländern blieben die Zahlenangaben höchst widersprüchlich. Gleichwohl rangierten Italien und Frankreich bis Ende der 1980er Jahre weltweit mit ca. 130 Städtepartnerschaften mit der DDR an zweiter Stelle vor Ländern wie Großbritannien oder Österreich.²²

Hinzu kam die schwierige Zählung von inoffiziellen Partnerschaften, d. h. von Verbindungen, die von der lokalen Präfektur zwar geduldet, de facto aber nicht genehmigt wurden. Statutengemäß waren Bürgermeister, die eine Partnerschaft mit einer ostdeutschen Stadt aufnehmen wollten, verpflichtet, die zuständige Polizeistelle darüber zu informieren. Der Präfekt ließ daraufhin dem Innenministerium den entsprechenden Antrag zukommen. Es war sodann dem Innenministerium überlassen, sich mit den Antragstellern in Verbindung zu setzen, um Pro und Contra zu erörtern. Eine Ablehnung war für die Städte und Gemeinden dennoch nicht verbindlich – Städtepartnerschaften, die ohne ministerialen Zuspruch entstanden, galten dann allerdings als „inoffiziell.“²³

Die folgenden Fallstudien umfassen den Zeitabschnitt von Mitte/Ende der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre. Jene Epoche, die als „später Kalter Krieg“ beschrieben werden kann, war von tiefgreifenden Divergenzen und Reibungen zwischen beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ gekennzeichnet. Die ideologischen Differenzen auf Vorstandsebene wirkten sich unmittelbar auch auf die bilateralen Beziehungen im lokalen Bereich aus, waren dennoch im Umfang und Ausrichtung nicht mit ihnen identisch. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse geben daher Aufschluss über die Bedeutung und Zielsetzung von Städtepartnerschaften vor dem Hintergrund einschneidender internationaler Ereignisse wie etwa des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan oder der polnischen Krise Anfang der 1980er Jahre.

Städtepartnerschaften DDR – Italien

SED-Politiker bemühten sich seit Ende der 1950er verstärkt darum, einträgliche Verbindungen zu italienischen Kommunen aufzunehmen. Diese Strategie diente offensichtlich dem allgemeinen außenpolitischen Ziel der diplomatischen Anerkennung der DDR

²⁰ Berlin, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (= SAPMO-BArch), Internationale Verbindungen, DY/30/IV 2/2.033 80.

²¹ Roma, Archivio del Partito Comunista Italiano (= APCI), Sezione Estero, Microfilm 553, Sull'attività dei gemellaggi (nota redatta il 23.4.1968).

²² Vgl. Pfeil, Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen (wie Anm. 1), hier S. 384; vgl. Pöthig, Italien und die DDR (wie Anm. 1), hier S. 327.

²³ Pfeil, Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen (wie Anm. 1), S. 384 f.; Gilbert Badia, L'association France-RDA, in: Pfeil (Hg.), La RDA et l'Occident 1949–1990 (wie Anm. 1), S. 453–464; ferner auch Emmanuel Bellanger/Julian Mischi (Hg.), Les territoires du communisme. Elus locaux, politiques publiques et sociabilités militantes, Paris 2013.

durch die internationale Staatengemeinschaft. Vor diesem Hintergrund setzten sich DDR-Vertreter insbesondere für die Etablierung propagandistisch nützlicher Beziehungen ein, von denen sie sich konkrete Vorteile zur Umsetzung ihrer Pläne versprachen. Dazu hatte die SED schon Mitte der 1960er Jahre konkrete Richtlinien ausgegeben, wie folgendes Zitat von 1964 exemplarisch zeigt:

„Durch die Aufnahme und weitere Festigung von Städtepartnerschaften zu Italien ergeben sich günstige Möglichkeiten zur Propagierung der Politik und der Errungenschaften der DDR und zur Gewinnung neuer Kräfte, welche die Politik der DDR unterstützen. Gleichzeitig bieten solche Partnerschaften den demokratischen Kräften in den örtlichen Organen Italiens die Möglichkeit, im Erfahrungsaustausch mit Kommunalpolitikern der DDR Erfahrungen zu sammeln und diese für die Arbeit zu nutzen.“²⁴

Die Anbahnung solcher Kontakte erfolgte in der Regel über den Deutschen- und Gemeindetag der DDR, der sich dabei eingespielter Verbindungen wie etwa des Kulturzentrums Thomas Mann, der Deutsch-Italienischen Gesellschaft oder der Weltföderation der Partnerstädte (FMVJ) – dessen Präsident von 1967 bis 1977 Giorgio La Pira, der ehemalige Bürgermeister der Stadt Florenz, war – bediente.²⁵ Auf diese Weise konnten erste inoffizielle Beziehungen auf kommunaler Ebene geknüpft werden.

Die Aufrechterhaltung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen wurde in sehr kurzer Zeit zu einem wichtigen Bestandteil der ostdeutschen Italienpolitik, umso mehr so, als offizielle, auf Regierungsebene eingefädelte Verbindungen bis zur Anerkennung der DDR durch Italien Anfang der 1970er Jahre nicht möglich waren. Der PCI spielte dabei als Mittler in dem sonst durch die Christdemokraten (Democrazia Cristiana, DC) regierten Italien eine fundamentale Rolle. Denn Verschwisterungen konnten zunächst nur in von kommunistischen Bürgermeistern regierten Städten und Gemeinden eingerichtet werden. Sowohl in Italien als auch in Frankreich entschieden schließlich die jeweiligen Präfecturen über das Entstehen einer Partnerschaft. Der Regierungsbevollmächtigte verweigerte in der Regel die Bewilligung, wenn die beabsichtigte Städtepartnerschaft nach seinem Dafürhalten keine Aussicht auf Erfolg hatte bzw. politisch und/oder symbolisch problematisch zu sein schien.²⁶ Die sehr geringe Zahl von nur 13 Partnerschaften im Jahr 1965 ist unmittelbarer Ausdruck der Schwierigkeiten, mit welchen die Antragsteller konfrontiert waren.²⁷

²⁴ Berlin, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (= MfAA), A 18782, 5. EA an den Sekretär des Rates des Bezirkes Cottbus, Henschke, 23.1.1964.

²⁵ MfAA, A 12298, Beziehungen zwischen der DDR und Italien, 29.11.1957; vgl. ferner auch Pöthig (wie Anm. 1), Italien und die DDR, S. 324 f.; Magda Martini, *La cultura all'ombra del muro. Relazioni culturali tra Italia e DDR (1949–1989)*, Bologna 2007.

²⁶ Vgl. Pöthig, Italien und die DDR (wie Anm. 1), S. 326; ferner auch Lill, *Völkerfreundschaft* (wie Anm. 1).

²⁷ MfAA, C 851, Information über die Tätigkeit des Deutschen Städte- und Gemeindetages und seiner Mitgliedsländer, 14.5.1965.

Dies änderte sich nach der Anerkennung der DDR durch die italienische Regierung im Januar 1973 rasch. Dazu muss dennoch ein weiterer wichtiger Faktor ins Treffen geführt werden, der zu einer Entschärfung der an die Partnerschaften gestellten Anforderungen maßgeblich beitrug. Im Rahmen einer umfassenden Reform zum Zweck der Dezentralisierung bürokratisch-administrativer Strukturen hatte das italienische Parlament 1970 beschlossen, die Regionen zu eigenständigen politisch-territorialen Strukturen zu erklären. Dies eröffnete beachtliche Spielräume bspw. für SED-Außenpolitiker, die sich davon weit lukrativere Kontaktaufnahmen auf kommunaler Ebene versprochen. Das Kalkül ging tatsächlich auf: Mit der Übertragung der vollen Verwaltungsbefugnis an die italienischen Regionen ging eine Flut an Neugründungen partnerschaftlicher Verbindungen einher, insbesondere zu Provinzen und Kommunen, die traditionell durch den PCI regiert waren.²⁸

Fallstudien DDR – Italien

Süditalien – Neapel

Seit Ausrufung der Republik in Italien 1946 galt Neapel, die größte süditalienische Stadt, als Hochburg der DC. Die Christdemokraten erkannten die symbolische Bedeutung Neapels für den chronisch unterentwickelten Mezzogiorno genau, weshalb sie die Stadt zum Fanal und Modernisierungsträger für die – wohl nie geglückte – ökonomische und kulturelle Renaissance des gebeutelten Südens ausgewählt hatten. Seit 1946 an hatte die DC dort ununterbrochen den Bürgermeister gestellt.²⁹ Die „Wende“ kam 1975, als der Kommunist Maurizio Valenzi zum neuen höchsten Amtsträger der Stadt gewählt wurde. Valenzi konnte sich acht Jahre an der Macht behaupten und Neapel für neue Impulse öffnen, darunter auch die Förderung des gesellschaftlichen und kulturellen Austausches mit „real sozialistischen“ Ländern. Diese Einrichtung offizieller Verbindungen zu ost-deutschen Partnern war allerdings alles andere als einfach. Die in christdemokratischen Händen liegende regionale Administration drohte nämlich, jedweder Form der Zusammenarbeit und des Austauschs mit Ostblockstaaten entgegenzuwirken, weshalb die Partnerschaften zunächst auf inoffiziellen, „freundschaftlichen“ Abkommen beruhen mussten. Hans Voß, von 1978 bis 1985 Botschafter der DDR in Italien, sprach sich im Früh-

²⁸ Wie Pöthig zutreffend hervorhebt: „Da die SED auf den regionalen Einfluss des PCI zählen konnte, stand Italien 1988 weltweit nach Frankreich mit 129 Städtepartnerschaften und 5 Bezirkspartnerschaften mit 24 Städtepartnerschaften und 2 Bezirkspartnerschaften an zweiter Stelle vor Finnland, Mali, Dänemark, Großbritannien und Österreich.“ Pöthig, Italien und die DDR (wie Anm. 1), S. 327.

²⁹ Mit nur zwei Ausnahmen: 1952 bis 1957 bzw. im Jahr 1961 wurde Achille Lauro, Führer der italienischen monarchischen Partei (PNM), zum Bürgermeister gewählt. Vgl. Andrea Geremicca, Napoli. Una transizione difficile, Napoli 1997, hier S. 57–72.

jahr 1983 für die Beseitigung politischer Hindernisse und zur Schaffung einer geregelten Kooperation zwischen Neapel und einer noch festzulegenden ostdeutschen Stadt aus:

„Werte Genossen! Ich möchte die Erfahrungen meines kurzen Aufenthalts in Neapel zum Anlass nehmen, um Eure Aufmerksamkeit erneut auf ein Grundproblem zu lenken, das uns gemeinsam am Herzen liegt. Es ist die Frage der Herstellung von Beziehungen der Städtepartnerschaft zwischen einer Stadt der DDR und Neapel. Ohne jetzt auf die Frage der wahrhaft bedeutungsvollen Rolle Neapels als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum Italiens eingehen zu wollen, möchte ich darauf hinweisen, dass ich während meiner Gespräche mit recht verschiedenen Vertretern der Stadt ein großes Interesse an der DDR und bemerkenswerte Potenzen für eine konkrete Ausgestaltung von Partnerschaftsbeziehungen vorfand.“³⁰

Der Botschafter hielt dabei ein von ihm geführtes Zwiegespräch mit Vertretern des Komitees zur Gründung einer offiziellen Freundschaftsgesellschaft Italien – DDR – darunter mit dem Bürgermeister der Stadt Neapel und anderen PCI-Politikern – von großer Bedeutung. Seinem Bericht war der eindeutige Wunsch der DDR zu entnehmen, propagandistisch nützliche Maßnahmen zu initiieren, die u. a. Info-Ausstellungen über den ostdeutschen Staat in Italien, die Entsendung von Studiendelegationen zum Erfahrungsaustausch in Bereichen wie Umwelt, Städteplanung und Architektur sowie die Etablierung touristischer Ziele umfassten.³¹ Der SED-Führung war besonders daran gelegen, lukrative Kanäle im Ausland zu erschließen und zu festigen, umso mehr angesichts der sich verschärfenden Finanzkrise in der DDR in der ersten Hälfte der 1980er Jahre. Dazu bot sich der PCI als Ansprechpartner und Mittler stets an, wenngleich er nicht immer imstande war, dem Druck der SED nachzukommen. Vor diesem Hintergrund schlug Botschafter Voß unumwunden vor, „dass wir die Initiative zur Erreichung einer Partnerschaftsvereinbarung mit Neapel ergreifen“.³² Solche Bemühungen scheiterten dennoch am Widerstand der christdemokratischen Präsidenten der Region Kampanien. Bis zum Fall der Berliner Mauer konnte somit keine offizielle Partnerschaft eingerichtet werden. Der Durchbruch gelang erst 2012, als Abordnungen der Städte Leipzig und Neapel ein entsprechendes Abkommen unterzeichneten.

Norditalien – Die Städtepartnerschaft Leipzig – Mailand

Die partnerschaftliche Verbindung der Stadt Leipzig zur norditalienischen Großstadt Mailand, Hauptstadt der Region Lombardei, nahm für die SED-Führung eine bedeutende Funktion ein. Mailand zählte nämlich – als Sitz der inländischen Börse und wichtiger internationaler Handelsplatz – zu den einflussreichsten Zentren Italiens, sowohl

³⁰ MfAA, ZR 1671/84, Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in Italien, der Botschafter (= Botschaft), Rom 22.2.1983, hier S. 1.

³¹ Ebd., S. 2.

³² Ebd., S. 3 f.

politisch als auch und vor allem wirtschaftlich, weshalb die SED-Führung dort bereits eigene Einrichtungen ins Leben gerufen hatte, so etwa eine Handelsvertretung und ein Generalkonsulat.³³

Die ostdeutsche Staatspartei war zu Beginn der 1980er Jahre in verstärktem Maße durch angegliederte Nebenorganisationen wie etwa den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) auf der Suche nach regelmäßigen Kontakten zu führenden italienischen Politikern und Gewerkschaftern. Dahinter verbarg sich die Vorstellung, dass der bilaterale Austausch und Diskussionen auf untergeordneter Ebene nicht unmittelbar von den großen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der internationalen Politik beeinträchtigt würden.

Eine Unterredung zwischen Funktionären des FDGB und des dem PCI nahe stehenden nationalen Gewerkschaftsbunds *Confederazione Generale Italiana del Lavoro* (CGIL) im Juni 1980 zeigt dennoch, dass dies nicht immer zutraf. Zwei ostdeutsche Gewerkschaftsmitglieder reisten entsprechend einem Beschluss des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstands vom Frühjahr 1980 und der Arbeitsvereinbarung zwischen dem Sekretariat des Bezirksvorstands Leipzig und dem Vorstand der CGIL der Region Lombardei als Gäste der italienischen Schwesterorganisation bzw. der Arbeitskammer (*Camera del Lavoro*) der Provinz Mailand in die italienische Stadt.³⁴ Abgesehen von der allgemeinen Wichtigkeit des Besuchs für die Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit im Bereich der linksgerichteten Gewerkschaften, scheint insbesondere die Diskussion über einen von den ostdeutschen Gästen referierten Vortrag mit dem Titel „Rolle und Aufgaben des FDGB in der sozialistischen DDR“ von Bedeutung zu sein. Der Redebeitrag bot eine kritische Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der DDR und ihrer Gewerkschaft „unter den Bedingungen der Klassenauseinandersetzung mit dem BRD-Imperialismus und die dabei für die DDR eingetretenen Verluste“ an.³⁵ Auch wurden die sozialen Errungenschaften auf der Ebene der Arbeitsbedingungen besonders hervorgehoben, darunter die rechtliche Stellung des FDGB, die von ihm geförderte Wachstumspolitik, die Gleichberechtigung der Frau etc.³⁶ Die italienischen Gastgeber starteten nach dem Vortrag eine intensive Debatte, die sich vor allem um wirtschafts- und sozialpolitische Hauptfragen drehte.³⁷

³³ Vgl. Di Palma, *Trouble for Moscow?* (wie Anm. 10), hier S. 302 f.

³⁴ MfAA, ZR 1210/87, Bericht über den Lektoreneinsatz des FDGB Bezirksvorstandes Leipzig in der Zeit vom 9.–16.6.1980 in der Lombardei/Italien (= Bericht über den Lektoreneinsatz), Leipzig 24.6.1980. Es handelte sich dabei um Günter Blume, Mitglied des FDGB und Vorsitzender des FDGB Oschatz, und Ingrid Mußlick, politische Mitarbeiterin des FDGB, Abteilung Internationale Verbindungen.

³⁵ MfAA, ZR 1210/87, Bericht über den Lektoreneinsatz, S. 3.

³⁶ Ebd., S. 3 f.

³⁷ Die häufigsten Fragen bezogen sich auf Maßnahmen zur Stabilisierung und langfristigen Aufrechterhaltung des Preisniveaus für Grundnahrungsmittel, Mieten, Tarife und Dienstleistungen, Probleme der Steigerung der Produktivität, die Entwicklung der Importe und Exporte sowohl im Rahmen des RGW als auch mit kapitalistischen Ländern etc. MfAA, ZR 1210/87, Bericht über den Lektoreneinsatz, S. 4 f.

Region Ligurien

Gotthold Scheinpflug, Bürgermeister der Stadt Aue und Präsident des Freundschaftskomitees Genova (Voltri) – Aue, führte eine ostdeutsche Delegation Ende Juni 1980 nach Ligurien.³⁸ Die Abordnung wurde durch mehrere PCI-Politiker in Empfang genommen, darunter durch Senator Carlo Cavalli, Präsident des Regionalkomitees Ligurien und Prof. Giuseppe Pietro Josi, Vizepräsident. Nach ihrer Landung in Mailand begleiteten Mitarbeiter der dortigen DDR-Handelsvertretung die Gäste weiter nach Genua. Dass finanzpolitische Experten auf DDR-Seite den Gesprächen mit den italienischen Gastgebern beiwohnten, war selbstverständlich geworden – dies zeigt deutlich, welche Interessen bei der ostdeutschen Staatspartei im Vordergrund standen.

Nach einer knappen Begrüßung durch die Leitung des Komitees folgte der Erfahrungsaustausch über diverse auf der Tagesordnung stehende gemeinsame Ziele. Thematisiert wurde die bis dahin im Jahr 1980 geleistete Arbeit bzw. die anvisierte Verbesserung der Kooperation, die insbesondere den Bereich der Massenorganisationen, wie etwa Gewerkschaften, Kulturverbände und derlei mehr, umfassen sollte.³⁹ Zu diesem Zweck nahm die geplante Intensivierung des sogenannten „politischen Tourismus“ trotz der international eher angespannten Lage – Stichwort Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan – eine übergeordnete Rolle ein. Die Italiener brachten ihrerseits bei den Gesprächen die Kritik zum Ausdruck, dass die ostdeutschen Kollegen mehrere Einladungen zu wichtigen Demonstrationen und Veranstaltungen ausgeschlagen hätten, die zur Verbesserung der Zusammenarbeit beitragen sollten.⁴⁰

Dies stand in krassem Kontrast zur außenpolitischen Strategie der Liga für Völkerfreundschaft beim Zentralkomitee (ZK) der SED, die im Jahr 1980 eine groß angelegte kulturelle „Offensive“ ins Leben gerufen hatte, mit dem Ziel, die DDR und im Allgemeinen den Ostblock trotz der internationalen Turbulenzen in ein positives Licht zu rücken. Kulturelle Veranstaltungen, wie etwa eine große Ausstellung von Werken des Malers John Heartfield (Helmut Herzfeld), nahmen dabei einen wichtigen Stellenwert ein. Die Eröffnung fand im Gewerkschaftshaus in Genua im Juni 1980 in Anwesenheit von ca. 120 Teilnehmenden statt. In den Reden wurde dabei übereinstimmend festgestellt, dass „... unser Besuch in einer Zeit erfolgt, die die Sicherung des Friedens und den Kampf um Entspannung zum Hauptinhalt hat“.⁴¹ Die ostdeutschen Entsandten hoben hervor, dass die DDR selbst in einer so schwierigen internationalen Phase ungeteilte Anerkennung genieße und als friedliebendes bzw. -förderndes Land angesehen

38 MfAA, ZR 1671/84, Komitee Aue – Genua, Rat der Stadt Aue, Über den Erfahrungsaustausch einer Delegation des Freundschaftskomitees Aue – Genua mit der Leitung und Mitgliedern des Regionalkomitees Ligurien der Gesellschaft Italien – DDR in Genua, La Spezia, Savona, Sestri, Levante, Cogoleto, LERICI, Ovada, Camogli, Bargagli vom 20.–27. Juni 1980 (= Über den Erfahrungsaustausch), 29.6.1980.

39 Ebd., S. 2.

40 Ebd., S. 2 f.

41 Ebd., S. 4.

sei. Dass damit implizit eine grundsätzliche Abgrenzung vom angeblich „kriegsfördernden“ westdeutschen Staat suggeriert würde, nahmen die SED-Vertreter wohlwollend in Kauf.⁴²

Der Bürgermeister der Kleinstadt Bargagli bei Genua, Luciano Boleto, berief sich ebenso auf die identitätsstiftende antifaschistische Widerstandserfahrung, als er auf das wichtige Ziel der Verteidigung bürgerlicher Werte sowie der Festigung und Aufrechterhaltung des Friedens verwies. Hierzu, so Boleto weiter, müsse die bedeutende Rolle der DDR gerühmt werden. Der ostdeutsche Staat spiele in diesem Prozess seit Jahrzehnten bereits durch ihr internationales Engagement zur Abwendung von Konflikten und rassistisch begründeter Gewalt eine vorbildliche Rolle.⁴³

Die ostdeutsche Delegation traf in Sestri Levante auf hochrangige lokale Vertreter und Vertreterinnen aus den Bereichen Politik, Gewerkschaft und Kultur.⁴⁴ In seiner Ansprache im Juni 1980 unterstrich der sozialistische Bürgermeister der Stadt Giacomo Ghio „... die große Bedeutung der DDR als einem wichtigen Friedensfaktor, einem Staat, der beispielgebende Erfolge auf allen Gebieten des Lebens erreicht hat und besonders im Sport an der Spitze der Welt steht“.⁴⁵

Die systematische Überbewertung von Aussagen italienischer Politiker und Ansprechpartner in der Berichterstattung der Ostdeutschen springt buchstäblich ins Auge. Diese diene offenbar dazu, eine Vertrauensbasis zu schaffen, in dem sowohl die Berichterstatter als auch die Adressaten – deren Vorgesetzte in der SED – einen kommunikativen „Scheinmodus“ pflegten, bei dem der objektive Gehalt der Gespräche mit den italienischen Ansprechpartnern nur zweitrangig erschien. Die bereits thematisierten, auffälligen Differenzen zwischen PCI und SED bspw. mit Bezug auf die sowjetische Intervention in Afghanistan wurden hierbei völlig ausgeblendet – gleichzeitig betrachtete man kleine Erfolge und Zustimmungsbekundungen von italienischer Seite als besonders ermutigend bzw. als eindeutigen Beweis gut geleisteter Arbeit.

42 Anlass zu einem solchen Urteil bot ihnen u. a. die Aussage des italienischen „Genossen“ Dr. Guzzardi, der hinzufügte: „Es gilt heute zu beweisen, dass die Kräfte der Demokratie und des Friedens stärker sind als die Feinde des Friedens und die Fürsprecher eines neuen Krieges. Die heute eröffnete Ausstellung ist dabei allen, besonders unserer Jugend, die die vergangene Geschichte nicht am eigenen Leibe verspürt hat, eine große Hilfe.“ MfAA, ZR 1671/84, Über den Erfahrungsaustausch, S. 4.

43 „Die Tatsache, dass die DDR ein bedeutender Friedensfaktor im Herzen Europas ist, erhöht den Besuch eurer Delegation in der derzeitigen politischen Situation ganz besonders. Ihr habt die Wurzeln des Faschismus ausgerottet und ich bin stolz darauf, zu den Mitbegründern des Komitees zu gehören. Ich habe in eurer Stadt viel gelernt und Erfahrungen gesammelt, die ich bei meiner jetzigen Tätigkeit gut verwenden kann. Wir tun alles für die Entspannung und die Sicherung des Friedens, wir wollen keine neuen Raketenwaffen und fordern die Beseitigung der Militärstützpunkte.“ Boleto an die ostdeutsche Delegation, in: MfAA, ZR 1671/84, Über den Erfahrungsaustausch, S. 5.

44 Zugewogen waren u. a. Giacomo Ghio, Bürgermeister der Stadt Sestri Levante, Vertreter der AICS (Associazione Italiana Cultura Sport – Italienischer Sportverband) und „Genosse“ Dellacasa, Stadtrat in Genua. MfAA, ZR 1671/84, Über den Erfahrungsaustausch, S. 4 f.

45 Ebd., S. 5.

Folgende Beispiele sollen diese Praxis veranschaulichen. Die SED-Abordnung hielt sich zum Abschluss ihrer Reise noch in der Regionshauptstadt Genua auf. Dort nahm sie an einem Arbeitssessen mit mehreren Mitgliedern des Stadtrates und des Präsidiums des Regionalkomitees der Gesellschaft Italien – DDR teil, darunter mit dem PCI-Senator Carlo Cavalli sowie Politikern des PSI und der DC. Die anwesenden Vertreter der „bürgerlichen“ Parteien, hieß es im dazugehörigen Bericht, hätten die Errungenschaften der DDR „in allen Bereichen des Lebens“ gelobt.

Die punktuelle Beschönigung von Reiseberichten durch SED-Abordnungen war oft auch auf die Innenpolitik der DDR gerichtet. Eine Unterredung mit dem Ratsvorsitzenden der Provinz Savona, dem PCI-Abgeordneten Giuseppe Amasio, bekräftigte ostdeutsche Berichterstatter in der Überzeugung, dass die DDR eine vorbildliche Demokratie sei. Sie stützten sich dabei auf eine Aussage Amasios, der offenbar lediglich die Komplexität des italienischen Verhältnisswahlsystems bedauert hatte. Dass er zusätzlich den Wunsch geäußert habe, es könne in Italien doch wie in der DDR zugehen,⁴⁶ lässt sich in italienischen Quellen nicht nachvollziehen.⁴⁷ Das Dargelegte lässt den Schluss zu, dass sich die SED-Entsandten auf diese Weise vor potentiellen Rügen durch Vorgesetzte verwahrten, die in der Regel übertriebene Ansprüche an die Grundorganisationen im Ausland sowie an die lokalen und regionalen Verbindungen stellten und dabei Ziele setzten, die sich oft als unrealistisch erwiesen.⁴⁸

Die ostdeutsche Delegation nahm schließlich während des siebentägigen Aufenthalts an 28 Veranstaltungen teil und führte mehr als 100 Gespräche mit diversen italienischen Partnern aus den Bereichen Politik, Gewerkschaft und Kultur.

Region Toskana – Städtepartnerschaft Cottbus – Grosseto

Die toskanische Hafenstadt Grosseto war seit den 1950er Jahren in kommunistischer Hand. Dieser Umstand hatte die Anbahnung bilateraler Beziehungen zur Stadt Cottbus begünstigt, die bereits 1967 aufgenommen werden konnten, d. h. sieben Jahre vor der

⁴⁶ „Er betonte den demokratischen Charakter unserer Wahlen, begonnen bei der Auswahl der Kandidaten über die Rechenschaftslegungen bis zur Wahl und die starke Beteiligung und Interessiertheit der Bevölkerung.“ MfAA, ZR 1671/84, Über den Erfahrungsaustausch, S. 9.

⁴⁷ Genova, Archivio Fondazione Diesse Genova, Fondi P.C.I., P.D.S., D.S. Federazioni di Genova, Bestände: IV-33; VIII-10.

⁴⁸ Zu dieser opportunistischen Praxis vgl. u. a. Rüdiger Bergien, Im „Generalstab der Partei“. Organisationskultur und Herrschaftspraxis in der SED-Zentrale (1946–1989), Berlin 2017; ferner auch Gerd-Rüdiger Stephan, SED-interne Auseinandersetzungen und Disziplinierung in der Ära Honecker. Überlegungen zum Verhältnis zwischen totalitär verfasster Herrschaft und den Spielräumen innerparteilichen Diskussionen um das SED-Gesellschaftskonzept, in: Heinz Timmermann (Hg.), Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument, Berlin 1999, S. 557–578.

diplomatischen und völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die italienische Regierung.⁴⁹

Im September 1981, anlässlich des 15-jährigen Bestehens des Freundschaftskomitees Cottbus – Grosseto, reiste eine Delegation des Stadtrates Cottbus in die italienische Schwesterstadt.⁵⁰ Dort konnte die ostdeutsche Abordnung zahlreiche Gespräche mit italienischen Politikern führen, sowohl mit PCI-Mitgliedern als auch mit christdemokratischen Vertretern des Stadtrates, welche zu jenem Zeitpunkt die Stadt gemeinsam regierten.

Die Stadtverordnetenversammlung ließ verlauten, dass solche Begegnungen einen besonderen Stellenwert einnehmen, denn sie trügen dazu bei, Vorbehalte und Missverständnisse, mit denen „real sozialistische“ Länder im kapitalistischen Ausland zu kämpfen hätten, zu überwinden. Von italienischer Seite wurde zu diesem Zweck ein verstärkter Delegationsaustausch – vor allem von Arbeitern und Jugendlichen aus der DDR – angeraten. Die Gästedelegation erwiderte knapp: „Unsererseits wurde dazu erläutert, dass dies nicht eine Angelegenheit der DDR, sondern schließlich eine Frage des Abschlusses des Konsularvertrages ist.“⁵¹ Dahinter verbarg sich in Wahrheit die fehlende Bereitschaft der SED, die Entsendung von DDR-Bürgern ins kapitalistische Ausland zu ermöglichen.

Die ostdeutschen Besucherinnen und Besucher traten von Anfang an bewusst selbstgefällig gegenüber den italienischen Kollegen auf. Deren Reisebericht zeichnet sich durch auffällige Widersprüche aus, die wiederum den Schluss zulassen, dass das Interesse der SED an einem ehrlichen Austausch gering ausfiel. Die „Vorzüge des Sozialismus“ und die „Nachteile der kapitalistischen Profitwirtschaft“⁵² seien ein unüberwindbares Hindernis zur Entwicklung einer gemeinsamen Sprache, selbst unter kommunistischen „Genossen“. Sie hoben lediglich positiv hervor, dass die Verwaltung der Stadt Grosseto eine Fahne der DDR vor dem Gebäude platziert habe, in dem eine Ausstellung über den ostdeutschen Staat ausgerichtet wurde.

Die vorhandenen Kommunikationsschwierigkeiten machten sich weiterhin im Rahmen der gemeinsamen Programmplanung für das kommende Jahr 1982 bemerkbar. Die Cottbusser nahmen zwar den Wunsch ihrer italienischen Ansprechpersonen wahr, in Grosseto bald Jugendliche und Arbeiter aus der DDR begrüßen zu dürfen, eine entsprechende Reaktion, so der Vorwand, müsse jedoch noch intern abgesprochen werden.⁵³

49 SAPMO-BArch, Handel, Versorgung und Außenhandel, DY/13/2914: (COTTBUS-GROSSETO) Rat der Stadt Cottbus (1967).

50 MfAA, ZR 2509/82, Rat der Stadt Cottbus, Bericht der Delegation in unserer Partnerstadt Grosseto vom 7.–14.9.1981 (= Bericht der Delegation), Cottbus 29.9.1981.

51 Ebd.

52 Ebd., S. 2. Dem Text ist zu entnehmen, es hätten sich ergiebige Diskussionen über die genannten Themen entfaltet, die – angesichts der Zusammensetzung der italienischen Empfangsdelegation bzw. der damaligen historischen Phase – kaum vorstellbar gewesen seien.

53 MfAA, ZR 2509/82, Bericht der Delegation, S. 3.

Städtepartnerschaft Rostock – Livorno

In der toskanischen Hafenstadt Livorno war 1921 die Kommunistische Partei Italiens gegründet worden, die seitdem eine wichtige Rolle in der Stadt spielte, was sich u. a. in der Zusammensetzung des Stadtrats niederschlug. Kurzum: Livorno galt als kommunistische Hochburg in einer ohnehin politisch stark links orientierten Region, der Toskana. Die SED nutzte dort ihre Kanäle zum PCI zugunsten der Einrichtung einer entsprechenden Städtepartnerschaft, die bereits 1963 zwischen den Hafenstädten Rostock und eben Livorno statutengemäß vereinbart werden konnte.

Im Juni 1980 weilte auf Einladung des Komitees der Liga für Völkerfreundschaft des Bezirks Rostock eine Delegation von Hafenarbeitern der Stadt Livorno in der DDR.⁵⁴ Die italienischen Besucher gehörten der Hafenarbeiter-Genossenschaft des PCI an und waren Parteimitglieder.⁵⁵ Vereinbartes Ziel des Aufenthalts war das Studium der Aufgaben der Gewerkschaften sowie der Arbeits- bzw. Lebensbedingungen, der Rechte und Pflichten der Hafenarbeiter in der DDR.⁵⁶ Politische Gespräche, darunter mit dem Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen beim Bezirksvorstand des FDGB, waren ebenso geplant. Ein Bericht über eines davon gibt Aufschluss darüber, dass sowohl tagespolitische als auch ideologische Themen erörtert wurden. Abteilungsleiter Heinz Hafenstein hielt fest: „Übereinstimmend sprachen sich alle Delegationsmitglieder für die Notwendigkeit des Kampfes für die Erhaltung des Friedens, gegen Wettrüsten und für Abrüstung aus. Dagegen waren sie geteilter Meinung in der Frage der Hilfe der Sowjetunion für Afghanistan.“⁵⁷

Im Anschluss informierte der stellvertretende Sekretär der Gesellschaft Italien – DDR der Region Toskana, der „Genosse“ Danilo Conti, seine Gastgeber über innenpolitische Entwicklungen. Bei den neuesten Regional-, Provinzial- und Kommunalwahlen vom 10. Juni 1980, erklärte er, habe seine Partei insbesondere im Süden des Landes hohe Stimmverluste eingefahren. Traditionelle „rote“ Hochburgen hätten allerdings wie gewohnt geschlossen hinter dem PCI gestanden, der in Florenz rund 48 %, in Livorno sogar 55 % der Gesamtstimmen auf sich vereinen konnte.⁵⁸ Gleichwohl seien in der Partei Enttäuschung und Beunruhigung angesichts der veränderten Lage auffällig. Vor diesem Hintergrund, so im Bericht weiter, täte der PCI-Vorstand gut daran, seine Politik anzupassen. Conti sei insbesondere über die gegenwärtigen Beziehungen Italiens

54 MfAA, ZR 1671/84, Rat des Bezirks Rostock, Bericht über den Besuch einer Delegation von Hafenarbeitern aus der Provinz Livorno/Italien vom 16.–21.6.1980 im Bezirk Rostock (= Bericht über den Besuch), Rostock 3.7.1980.

55 Darunter der Delegationsleiter Aldo Raugi sowie die Mitarbeiter Roberto Santi, Paolo Viacave und Alberto Forti. Der Abordnung gehörte außerdem auch Danilo Conti, an. MfAA, ZR 1671/84, Bericht über den Besuch, S. 1.

56 Ebd.

57 Ebd., S. 2.

58 Ebd., S. 2 f.

und auch seiner Partei zu den sozialistischen Ländern besorgt. Er rege demnach eine adäquate Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Parteien an, so vor allem zwischen dem PCI und der SED.⁵⁹

Städtepartnerschaft Florenz – Dresden

Die Quellen zur Städtepartnerschaft zwischen der toskanischen Hauptstadt Florenz und Dresden sind leider nicht vollständig erhalten. Vor allem die italienische Seite, die seit Beginn der 1990er Jahre systematisch dazu übergegangen ist, einschlägige Dokumente aus vermeintlichem Platzmangel zu vernichten, weist große Lücken auf. Dies ist besonders ärgerlich, denn Florenz stellte eine weitere Hochburg der italienischen Linken dar. Eine gut dokumentierte Episode soll gleichwohl an dieser Stelle präsentiert werden. Auf Betreiben der lokalen PCI-Grundorganisation und dank des Engagements Elio Gabbuggiani konnten die partnerschaftlichen Beziehungen mit Dresden bereits 1960 aufgenommen werden. Gabbuggiani war von 1962 bis 1970 Präsident der Provinz Florenz, von 1975 bis 1983 Bürgermeister der Stadt.⁶⁰

Die Beziehungen zwischen den beiden Städten verschlechterten sich in den 1980er Jahren rapide. Ein besonders schwerwiegender Vorfall ereignete sich im Januar 1985. Gerhard Schill, Bürgermeister der Stadt Dresden, hatte der Schwesterstadt eine Einladung zu einer Großdemonstration anlässlich des 40. Jahrestags der „Zerstörung der Stadt Dresden“ bzw. zur Erinnerung an die 35 000 Kriegsoffer zukommen lassen. Die florentinische Administration lehnte mit der Begründung ab, dass die Manifestation „politisch bedenklich“ und zu „unkritisch“ sei. Als besonders problematisch betrachtete man aus italienischer Sicht eine Textpassage der Einladung, die explizit dazu aufrief, sich „gegen die Drohung des amerikanischen Imperialismus“ aufzulehnen. Die PCI-regierte Stadtverwaltung ließ verlauten, dass Florenz sich gegen eine einseitige Verdammung des „Imperialismus“ sperre.⁶¹ Der Zwischenfall wirkte sich wie ein Hemmschuh auf die bilateralen Verbindungen aus, die erst nach der deutschen Wiedervereinigung wieder aufgenommen wurden, und zeigt eindrücklich, wie weit sich die SED und die PCI Mitte der 1980er Jahre voneinander entfernt hatten.⁶²

⁵⁹ Ebd., S. 3.

⁶⁰ Firenze, Archivio Storico del Comune di Firenze (= ASCF), Gemellaggio Firenze-Dresda, Busta 302. Ein vorläufiger Höhepunkt der partnerschaftlichen Verbindungen wurde im Dezember 1982 erreicht, als Florenz und seine Provinz die „Giornate della RDT“ (DDR-Tage) organisierte und austrug.

⁶¹ ASCF, Gemellaggio Firenze-Dresda, Busta 302, Ufficio stampa Firenze, 23.1.1985.

⁶² Ebd., Telegramma di Giorgio Morales, sindaco di Firenze, a Wolfgang Berghofer, borgomastro della città di Dresda (Germania RDA), 3.10.1990. Darin lässt Morales auf Deutsch verlauten: „Die Stadtverwaltung und die Bürger von Firenze begrüßen mit Freude und Hoffnung den Fall aller Barrieren zwischen den zwei Teilen Deutschlands. Wir heißen das neue Deutschland in Europa willkommen und wie schon ihre Regierungschefs gesagt haben, sind wir überzeugt, dass Deutschland den starken Angelpunkt und das Triebwerk für den Aufbau eines Kontinents des Friedens sein wird.“

Städtepartnerschaften DDR – Frankreich

Erste Maßnahmen zur Etablierung von Städtepartnerschaften zwischen beiden Ländern wurden bereits in den späten 1950er Jahren eingeleitet.⁶³ Der PCF unterhielt mit seinen lokalen Vertretungen mannigfaltige Beziehungen zur DDR, die von der Wiederbelebung des während des Zweiten Weltkrieges ruhenden gesamtfranzösischen Bürgermeisterverbands (Association des Maires de France, AMF) 1947 neuen Auftrieb erfuhren. Die damit gestarteten Initiativen führten schließlich zur Gründung von zwei wichtigen supranationalen Vereinen: dem Rat der europäischen Städte (Conseil des Communes d'Europe, CCE) und dem Monde Bilingue. Jean-Marie Bressand, eine bedeutende Persönlichkeit der französischen Résistance und Gründer von Monde Bilingue, setzte sich ungemein für bilinguale Erziehungs- und Bildungswege sowie für die Intensivierung internationaler Beziehungen auf der Basis von Städtepartnerschaften ein. Unter solchen Rahmenbedingungen und trotz der damals verbreiteten antisozialistischen Propaganda entstand 1957 die Weltföderation der Partnerstädte,⁶⁴ für deren Einrichtung sowohl Bressands Bemühungen als auch der Einfluss der SFIO (Section Française de l'Internationale Ouvrière) maßgeblich gewesen waren.

Im Großraum Paris konnte der PCF auf eine lange und einflussreiche Tradition zählen. Dort stellte er etliche Bürgermeister, insbesondere in der Region Seine-Saint-Denis. Diese kommunistischen Politiker konnten – wie erwähnt – seit den späten 1950er Jahren, in der Regel im Rahmen der vom PCF selbst ins Leben gerufenen Association France-RDA (ehemals Échanges Franco-Allemands),⁶⁵ Kontakt zu ostdeutschen Kommunen aufnehmen, woraus mehrfach Städtepartnerschaften hervorgingen. In der Satzung der Association kam dem ursprünglichen, spezifisch kulturellen Charakter der partnerschaftlichen Beziehungen eine zentrale Rolle zu.⁶⁶ Die Leiter des Vereins konnten dennoch nicht umhin, angesichts einschneidender Ereignisse der Weltpolitik Stellung zu beziehen und die jeweiligen Ortsvereine auf eine politische Linie festzulegen.

Jean-Pierre Bloch, Raymond Bossus, Jacques Chatagner und Marcel Manesse, die Präsidenten der Association, nahmen mit einem Schreiben vom September 1968 – trotz der Prager Unruhen – die Lokalverbände in die Pflicht, auf das Ziel der Anerkennung der DDR hinzuarbeiten.⁶⁷ Die Begründung ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass man zwar die Intervention in Prag und die einschlägige SED-Politik anprangern, gleichzeitig aber die Durchsetzung der Anerkennung des ostdeutschen Staates bzw. die

⁶³ Pfeil, Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen (wie Anm. 1), S. 382 f.

⁶⁴ Vgl. Di Palma, Trouble for Moscow? (wie Anm. 10), hier S. 446 f.

⁶⁵ Vgl. Badia, L'association (wie Anm. 23), S. 453–464.

⁶⁶ Ebd., hier S. 453–455.

⁶⁷ Paris, Archives du Parti communiste français (= APCF), Association France-RDA, 38 J 2, Échanges Franco Allemands, Pour information aux comités (= Échanges Franco Allemands), Paris 6.9.1968.

Normalisierung der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR als ein höheres Gut betrachten könne.⁶⁸

Die französischen Kommunisten schlugen exakt in dieselbe Kerbe. Der PCF verstärkte ab den frühen 1970er Jahren seinen Einfluss auf den Verein, u. a. durch die Ernennung von Jean-Pierre Brard zu dessen Sekretär in der Region Seine-Saint-Denis.⁶⁹ Brard war PCF-Mitglied und zu jener Zeit stellvertretender Bürgermeister von Montreuil. Die sodann eingerichteten Beziehungen zu ostdeutschen Städten trugen zumindest auf dem Papier einen rein zivilgesellschaftlichen Charakter und konnten selbst dann am Leben gehalten werden, als das Verhältnis zwischen SED und PCF auf höchster Ebene beschädigt war.⁷⁰ Im Großraum Paris schlossen u. a. die Stadt Bobigny eine Partnerschaft mit Potsdam, Montreuil mit Cottbus, Aubervilliers mit Rudolstadt, Bagnolet mit Oranienburg und Paris selbst mit Ost-Berlin ab.⁷¹

Die Einseitigkeit bei der Entsendung von Delegationen war den französischen Verantwortlichen allerdings ein Dorn im Auge. Ostdeutsche Abordnungen reisten nur selten nach Frankreich, was dennoch nie ein Grund für die Einstellung oder Aufhebung der Verbindungen wurde. Die SED nannte zur Begründung systematisch den Umstand, dass die französische Regierung keine ausreichenden Garantien bei der Anerkennung der ostdeutschen Staatsbürgerschaft gestellt habe. Die Rechtfertigung zog sich wie ein roter Faden durch den gesamten späten Kalten Krieg, von den ausgehenden 1960er bis in die 1980er Jahre – DDR-Stellen ließen regelmäßig verlauten, dass man sich in einer prekären (völker-)rechtlichen Lage sähe, die dringend bestimmender konsularer Abkommen bedürfe.⁷²

Fallstudien DDR – Frankreich

Pariser Großraum – Städtepartnerschaft Bobigny – Potsdam

Diese Städtepartnerschaft ist aus einer Reihe von Gründen von besonderem Interesse. Potsdam übte aufgrund seiner geographischen Nähe zu Ost-Berlin und seiner Bedeutung als Bezirkshauptstadt eine wichtige symbolische und politische Funktion aus.

⁶⁸ Ebd., S. 2.

⁶⁹ Apcf, Association France-RDA, 38 J 4.

⁷⁰ Interview des Autors mit Jean-Pierre Brard, am 15.3.2013 in Montreuil.

⁷¹ Vgl. Pfeil, Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen (wie Anm. 1), S. 383.

⁷² Hierzu vgl. exemplarisch Apcf, Association France-RDA, 38 J 4, 9 Congrès de l'association France-RDA, Département Seine-Saint-Denis, 13.–14.10.1984 Dugny, S. 3. Anlässlich dieser Tagung verwies die deutsche Delegation (darunter Werner Franke und Harald Hauser) auf die „unvorteilhafte“ rechtliche Lage ostdeutscher Bürger in Frankreich, die sich auch nach der diplomatischen Anerkennung der DDR kaum verändert habe.

Bobigny spielte als Pariser Vorort und als kommunistische Hochburg mit Tradition eine ähnliche Rolle.

Auf Betreiben von Georges Valbon, Bürgermeister von Bobigny und späterem PCF-Bezirkssekretär der Region Seine-Saint-Denis, bzw. von SED-Bezirkssekretär Helmut Nitsche war die Verbindung zwischen beiden Städten bereits 1964 ins Leben gerufen worden.⁷³ Beide Herren ließen in der ersten gemeinsamen Verlautbarung unterstreichen, dass sie bestrebt seien, die amerikanischen „Gräueltaten“ in Vietnam mit aller Konsequenz zu verurteilen sowie die tatenlose Komplizenschaft der französischen und westdeutschen Regierungen anzuprangern.⁷⁴ Ferner stimmten sie mehrfach darin überein, dass die Schlussakte von Helsinki⁷⁵ als eine kaum zu überschätzende politische Leistung des Ostblocks zu verstehen sei. Die osteuropäischen Länder hätten sich nämlich bereits seit Jahrzehnten für ein gemeinsames und verbindliches sicherheitspolitisches Regelwerk stark gemacht und seien dabei lange Zeit an der unkooperativen Haltung der USA und ihrer Verbündeten gescheitert.⁷⁶

Die Zusammenarbeit zwischen Bobigny und Potsdam wurde im Laufe der 1970er Jahre weiter intensiviert. Mehrere Freundschaftsverträge wurden geschlossen, Delegationsreisen ausgetragen und Erfahrungen in den Bereichen Ingenieurwesen, Kultur, Sport und Bildung ausgetauscht. Wie statutengemäß vereinbart und in der Regel von beiden Seiten respektiert, stand dabei das zivilgesellschaftliche Engagement im Mittelpunkt.⁷⁷ Die Verbindungen wurden allerdings auch zur Erörterung von politischen Fragen genutzt, was oft zu Missverständnissen und Reibungen im partnerschaftlichen Verhältnis führte. Zu offener Konfrontation oder Blockaden kam es dennoch nie. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich der PCF zu keiner Zeit – auch nicht anlässlich umstrittener internationaler Ereignisse wie etwa der Niederschlagung des Prager

73 Archives Hôtel de Ville de Bobigny (= ABOB), W899, Jumelage Bobigny – Glashütte – Potsdam, Arbeitsplan zwischen Bobigny und Glashütte für das Jahr 1967 (= Arbeitsplan), 24.1.1967. Das Dokument trägt die Signatur von Georges Valbon, Bürgermeister von Bobigny, und Helmut Nitzsche, Bezirkssekretär von Potsdam. Die Aufnahme von partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der französischen und der ostdeutschen Stadt war am Anfang im Rahmen eines trilateralen Abkommens zwischen Bobigny, Potsdam und Glashütte, einer kleinen Gemeinde in der Umgebung der sächsischen Schweiz-Osterzgebirge, abgeschlossen worden.

74 ABOB, W899, Arbeitsplan, S. 1.

75 Abschlussdokument der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), das am 1.8.1975 unterzeichnet wurde.

76 ABOB, W899, Jumelage Bobigny – Glashütte – Potsdam, 1974; 1975.

77 ABOB, W10348, Jumelage Bobigny – Glashütte – Potsdam, Statut „Comité de jumelage“ ville de Bobigny, Article 9, Conseil d'administration: „Dem Komitee steht ein ‚conseil d'administration‘ vor, bestehend aus: 6 ordentlichen Mitgliedern, dem Bürgermeister der Stadt Bobigny und 5 weiteren Mitgliedern, durch den Bezirksrat gewählt; 1 Vertreter je pro lokalem Verband, der am Komitee teilnimmt; Persönlichkeiten durch die Vollversammlung gewählt, je für 3 Jahre. Die Mitglieder sind wieder wählbar. Der ‚conseil d'administration‘ wählt ein Büro, bestehend aus 3 Vize-Präsidenten, die für den Bürgermeister einspringen können.“

Frühlings 1968 oder des Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979 – von der KPdSU und somit von den Ostblockstaaten endgültig löste. Außerdem behandelten die Delegationen vorwiegend Themen der regionalen und lokalen Konfliktbewältigung und zielten damit auf die Verbesserung des Lebensstandards der Zivilbevölkerung ab.

Ungeachtet dessen und abgesehen von den wechselseitigen Harmoniebekundungen der Parteiführungen gestalteten sich die Beziehungen im Rahmen des vereinbarten Austauschs oft schwierig. Die französischen Besucher in der DDR – Reisen in die andere Richtung waren, wie bereits angedeutet, nur selten möglich – brachten oft ihre Enttäuschung über die Organisation und den Ablauf des Aufenthalts zum Ausdruck. Vor allem aber hätten sie kaum Gelegenheit, sich ungestört und ausführlich mit den ostdeutschen Gastgebern auszutauschen. Darüber hinaus wurde über die Unzulänglichkeit der zur Verfügung gestellten Mittel, einschließlich des Taschengelds und des Informationsmaterials geklagt.⁷⁸

Mit der allmählichen Erosion der DDR während der 1980er Jahre erlebten die bilateralen Verbindungen einen Rückschlag und wurden entsprechend zurückgefahren. Französische DDR-Freunde wirkten allerdings zunehmend ratlos in ihrem persönlichen Verhältnis zur DDR. Dies war der Grund, weshalb die Leiter des Büros für internationale Zusammenarbeit der Stadt Bobigny es für nötig hielten, eine regelmäßig aktualisierte, ausführliche Broschüre herauszugeben, in der bspw. alle Diskussionsthemen aufgelistet waren, die während eines Besuchs in der DDR überhaupt aufgegriffen werden durften.⁷⁹

Städtepartnerschaft Cottbus – Montreuil

Die Stadt Montreuil, ein Vorort von Paris, war 1959 eine Partnerschaft mit Cottbus eingegangen.⁸⁰ Die ursprüngliche Kontaktaufnahme mit der ostdeutschen Stadt war auch in diesem Fall durch die Mittlertätigkeit der CGT, des Mouvement des Jeunes Communistes (MJC) und des PCF zustande gekommen. Diese Organisationen pflegten direkte Beziehungen zu ihren entsprechenden Gegenparts, dem FDGB und der SED. 1958 bereits war auf Betreiben des PCF die Association des Échanges Franco-Allemands gegründet

⁷⁸ ABOB, W10346, Jumelage Bobigny – Glashütte – Potsdam, Delegation de Bobigny à Berlin et Potsdam, 5.–23.7.1982.

⁷⁹ ABOB, W10350, Jumelage Bobigny – Glashütte – Potsdam, Delegation 26.10.–1.11.1989 à Berlin, hier S. 1. Im Einvernehmen mit dem PCF und dem letzten DDR-Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Herrn Manfred Bille, arbeitete das Büro für internationale Zusammenarbeit der französischen Stadt unter seiner Leiterin Annie Herberg ein „Regelwerk“ aus, an welches französische Besucherinnen und Besucher der DDR sich halten sollten.

⁸⁰ Vgl. Regina Gerber, Die Städtepartnerschaft Montreuil – Cottbus, in: Dorothee Röseberg (Hg.), Frankreich und „das andere Deutschland“. Analysen und Zeitzeugnisse, Tübingen 1999, S. 401–422.

worden. Die Städtepartnerschaft zwischen Argenteuil und Dessau (1958) war die erste ihresgleichen zwischen den beiden Ländern, 1959 folgten etwa 20 weitere.⁸¹

Montreuls Bürgermeister, André Grégoire, PCF-Mitglied und Résistance-Kämpfer, war von der Notwendigkeit einer Städtepartnerschaft überzeugt. Diese würde „die sozialen Existenzbedingungen beider Bevölkerungen verbessern“.⁸² Grégoire, der während des Zweiten Weltkrieges Gefangener in einem Lager in Sachsen gewesen war und seit 1958 Bürgermeister der Stadt, unterhielt persönliche freundschaftliche Beziehungen zu deutschen Antifaschisten aus der Region, was schließlich für die Wahl der brandenburgischen Stadt Cottbus ausschlaggebend wurde.⁸³

Zu diesem Zweck weilte Anfang Oktober 1959 eine von Grégoire geleitete Delegation der Stadt Montreuil in der DDR. Diese wurde durch den Bürgermeister der Stadt Cottbus Heinz Kluge in Empfang genommen und legte dem Stadtrat ein Protokoll zur Durchsicht vor. Die Unterlage benannte das Streben nach Frieden unter den Völkern als das Hauptziel der Partnerschaft und wurde einen Monat später einvernehmlich unterzeichnet.⁸⁴ Die Gründung eines ständigen vom Stadtrat gewählten Partnerschaftskomitees, das sich aus 25 Mitgliedern und einem Präsidenten – in der Regel der Bürgermeister selbst – zusammensetzte, erfolgte 1966.⁸⁵ Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit waren im Statut festgelegt. Dort finden insgesamt vier Erwähnung: 1) Schule/Bildung, Kunst und Kultur; 2) ökonomisch-gewerkschaftliche Aktivitäten; 3) Jugend und Sport; 4) Tourismus und Information.⁸⁶

Die Zusammenarbeit mit dem Ziel der Verständigung unter den Völkern und der Förderung des Weltfriedens, der sich Montreuil und Cottbus somit verschrieben, wurde selbst unter schwierigen Rahmenbedingungen – etwa aufgrund von ideologisch-politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen PCF und SED – mit hohem Engagement ausgebaut. Das Jahr 1968 bspw., das sich ja durch erhebliche Verwerfungen in der kommunistischen Welt auszeichnete, fand im Bericht des Partnerschaftskomitees wie folgt Erwähnung: „Das Jahr 1968 markierte die Festigung der Bande zwischen den beiden Partnerstädten Montreuil und Cottbus, beide Mitglieder des Städtebundes [Übers. durch den Autor].“⁸⁷ Im selben Jahr reisten acht Delegationen aus Montreuil in die DDR – ein Rekordhoch – darunter u. a. eine Delegation aus Ärzten, eine aus Sportlern und eine Frauendelegation.

⁸¹ Vgl. Cristina Léon, *Zwischen Paris und Moskau. Kommunistische Vorstadtidentität und lokale Erinnerungskultur* in Ivry-sur-Seine, München 2012.

⁸² Archives de la Mairie de Montreuil (= AMM), Intervention du 30.9.1959: „... pour faciliter l'amélioration des conditions sociales d'existence des populations“, S. 9.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ AMM, Vœu du conseil municipal, 23.11.1959.

⁸⁵ AMM, Article 2 des statuts du Comité de jumelage, approuvés le 30.12.1966.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ „L'année 1968 a marqué le renforcement des liens unissant les deux villes sœurs Montreuil et Cottbus (R.D.A), toutes deux adhérents à la Fédération des Villes Jumelées.“ AMM, Comité de jumelage Montreuil – Cottbus, Compte-rendu d'activité 1968–69.

Bis zum Fall der Mauer 1989 entwickelte sich die Partnerschaft mit Cottbus trotz aller ideologischen Differenzen mit der SED zu einem Eckpfeiler der translokalen Aktivitäten der Stadt Montreuil. Zwischen 1968 und 1989/1990 fanden mehrere Ausstellungen zum jeweils anderen Land,⁸⁸ zahlreiche Sprach austausche auf Schulebene sowie jährlich ein Lehrersymposium statt, anlässlich dessen fünf bis zehn Pädagogen aus Frankreich in die DDR reisten.

Auch angesichts der schon mehrfach erwähnten Krisen in Afghanistan und in Polen zwischen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre erfuhr die zivilgesellschaftliche Verschwisterung beider Städte keinen nennenswerten Rückschlag. Im Gegenteil, im gemeinsam verfassten Bericht über die Jahre 1980/1981 wurde in höchsten Tönen über die besonders fruchtbare Zusammenarbeit geschwärmt und „mit Genugtuung“ darauf aufmerksam gemacht, dass „der Delegationsaustausch ... zur Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bewohnern unserer Städte beigetragen hat“.⁸⁹ Letztmalig Mitte Oktober 1989 hielt sich eine Delegation aus Montreuil in der DDR auf. Die Involvierten fassten den Entschluss, die bilateralen Verbindungen konsequent fortzusetzen und auszubauen. Die inhaltliche Grundausrichtung der Partnerschaft konnte nach dem Fall der Mauer und der „Wende“ 1990 erneut bestätigt werden.⁹⁰

Städtepartnerschaft Aubervilliers – Rudolstadt

Die Stadt Aubervilliers, am nördlichen Speckgürtel von Paris gelegen, blickte auf eine wichtige, langjährige kommunistische Tradition zurück. Der PCF stellte dort seit Ende der 1940er Jahre bis 2008 ununterbrochen den Bürgermeister. Prominenteste Persönlichkeit unter den Amtsinhabern war wohl Jack Ralite (1984 bis 2003 Bürgermeister), der zuvor das Ministerium für Gesundheit (1981 bis 1984) in der Regierung Mitterrand geleitet hatte.

⁸⁸ Die wohl bedeutendste war die Ausstellung anlässlich des 30. Jahrestags der DDR „La R.D.A. à trente ans“, vom 3. bis 17.11.1979 in Montreuil, die von rund 20 000 Menschen besucht wurde. Die deutsche Delegation, von Bürgermeister Erhard Müller geleitet, war auch zugegen. Hierzu AMM, Exposition „La R.D.A. à trente ans“, 10.12.1979. Im Bulletin de Montreuil, Nr. 59, Okt. – Nov. 1979, war diesbezüglich zu lesen: „Eine an diesem nationalen Interesse orientierte französische Politik würde sich aufdrängen, die Möglichkeiten zu nutzen, die die Existenz, die Entwicklung der DDR, der von ihren Führern immer wieder geäußerte Kooperationswille bieten. Während beispielsweise die BRD im Austausch zwischen den kapitalistischen Ländern den uns bekannten Platz einnimmt, bestehen im Interesse der DDR wie Frankreichs beträchtliche Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten zu verbessern und zu diversifizieren [Übers. durch den Autor].“ Vgl. hier S. 15 f.

⁸⁹ AMM, Protokoll zwischen den Städten Montreuil und Cottbus für 1980–1981, signiert von den jeweiligen Bürgermeistern, Marcel Dufriche und Erhard Müller.

⁹⁰ Vgl. Philippe Hivert, Montreuil-sous-Bois. Des jumelages aux coopérations décentralisées, Montreuil 2007, S. 33.

Der kommunistische Bürgermeister André Karman veranlasste den Beitritt der Stadt Aubervilliers in die Weltföderation der Städtepartnerschaften im Jahr 1960.⁹¹ 1961 ging der Stadtrat Aubervilliers eine Partnerschaft mit der kleinen Gemeinde Rudolstadt bei Weimar ein.⁹² Die bilateralen Verbindungen wurden 1969, ein Jahr nach dem Prager Frühling eingefroren, obgleich die PCF-Führung wie erwähnt eine z. T. konziliante Haltung gegenüber der KPdSU und dem Ostblock eingenommen hatte. Jack Ralite, seit 1959 Mitglied im Stadtrat, erklärt:

„Außerdem war ich Bürgermeister von Aubervilliers, und wir hatten seit 1961 eine Städtepartnerschaft mit Rudolstadt, einer kleinen Stadt in der DDR in der Nähe von Weimar. Dort verbrachte ich jedes Jahr acht Tage mit einer Delegation – ich liebe Deutschland und habe es immer geliebt, auch während des Krieges. Wir haben die Städtepartnerschaft 1969, nach dem Prager Frühling, aufgelöst. Es war der 20. Jahrestag der DDR, 500 Einwohner von Aubervilliers hatten sich auf den Weg gemacht, aus Rudolstadt war dagegen kein einziger gekommen. Es war ihnen verboten! Außerdem ist noch nie ein Deutscher aus unserer Partnerstadt nach Frankreich gekommen [Übers. durch den Autor].“⁹³

Ein solcher abrupter Abbruch bestehender Verbindungen zu ostdeutschen Städten fand eher selten statt und war meistens auf gegensätzliche Ansichten bezüglich der Niederschlagung des Prager Frühlings zurückzuführen.⁹⁴ Dies war aber oft nicht der einzige Grund. Ein weiterer Faktor fiel dabei ins Gewicht, der sich aus politischen Differenzen zwischen der Parteileitung in Paris, ihrer unsteten Politik, und den jeweiligen Vertretungen im lokalen Bereich ergab.⁹⁵

91 Archives de la mairie de Aubervilliers (= AUB), Jumelage Aubervilliers – Rudolstadt, 14Z1, Adhésion à la fédération des villes jumelées, 1960.

92 Ebd., Déclaration d'intention Aubervilliers – Rudolstadt, 28.6.1966.

93 „Par ailleurs, j'étais maire d'Aubervilliers et nous étions jumelés depuis 1961 avec Rudolstadt, une petite ville d'Allemagne de l'Est près de Weimar. Tous les ans, j'allais passer huit jours là-bas en délégation – j'aime l'Allemagne et je l'ai toujours aimée, même pendant la guerre. Nous avons rompu le jumelage en 1969, après le Printemps de Prague. C'était le 20e anniversaire de la RDA, 500 habitants d'Aubervilliers avaient fait le voyage, en revanche, pas un seul de Rudolstadt n'était venu. Cela leur était interdit! Il n'est d'ailleurs jamais venu en France aucun Allemand de la ville avec laquelle nous étions jumelés ...“. Jack Ralite, La dissidence artistique ne s'affichait pas, in: PCF Aubervillier, 29.11.2009 (<http://pcfaubervilliers.fr/spip.php?article322>; 28.4.2023). Ralite merkt im Interview an, dass sich seine persönlichen Divergenzen mit SED-Funktionären in den 1970er und 1980er Jahren fortsetzten: „Quand je suis retourné en RDA au milieu des années 1980, dans le cadre d'une délégation du Parti sur les questions culturelles, j'ai été reçu par un responsable national complètement phagocyté qui brouillait toutes les radios. Nous nous sommes fichus de lui: ‚Si vous voulez vraiment que les gens n'entendent pas, il faut faire sauter les pilotes de la télévision de l'Allemagne de l'Ouest. Soyez logique avec vous-mêmes!‘“.

94 Vgl. u. a. Corinne Defrance/Michael Kissener/Pia Nordblum (Hg.), Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945. Zivilgesellschaftliche Annäherungen, Tübingen 2015. Darin insbesondere der Aufsatz von Ulrich Pfeil, „Alles begann mit der Jugend“. Die Städtepartnerschaft zwischen Saint-Étienne und Wuppertal (1960), S. 205–232.

95 Vgl. dazu Di Palma, Trouble for Moscow? (wie Anm. 10), hier S. 461–464.

Südfrankreich – Städtepartnerschaft Halle – Grenoble

Der PCF-Vorstand duldete bekanntlich den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan Ende 1979. Die Entscheidung löste gleichwohl innerparteiliche Debatten und Kontroversen aus, die sich auch auf die bilateralen Beziehungen auf lokaler Ebene auswirkten. Die allgemein herrschende Skepsis bezüglich der Außenpolitik der KPdSU und des Ostblocks veranlasste französische Politiker zu erhöhter Wachsamkeit, die sich auch im Umgang mit ostdeutschen „Genossen“ bemerkbar machte.

Eine Delegation des Stadtrates von Halle hielt sich im Herbst 1981 in der französischen Partnerstadt Grenoble auf. Erörtert wurden Vorschläge zur Entspannungspolitik in Europa, der Beitrag der DDR hierzu bzw. zur Desavouierung der „nuklearen Rüstungspolitik der NATO“ sowie die Propagierung des ostdeutschen Sozialismus in Frankreich.⁹⁶ Hubert Dubedout, der von einer Listenvereinigung aus PCF, Parti Socialiste (PS) und Mouvement des radicaux de gauche (MRG) zum Bürgermeister von Grenoble gewählt worden war, merkte in seiner Ansprache an, dass die Intensivierung der politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten in erster Instanz von der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Ost und West bzw. vom Verhalten der Sowjetunion abhängig sei.⁹⁷ Das Vorhaben der UdSSR, so Dubedout, ihre Raketensysteme zu modernisieren, sei als „eine einseitige Störung des militärischen Gleichgewichts“⁹⁸ durch die sowjetische Supermacht einzuschätzen. Letztlich sei dieses aggressive Gebaren verantwortlich für die Intervention der UdSSR in Afghanistan.

Er erklärte darüber hinaus gegenüber seinem ostdeutschen Kollegen, dem Bürgermeister der Stadt Halle Hans Pflüger, dass die Einseitigkeit in der Entsendung von Delegationen das Haupthindernis zur gewünschten Intensivierung städtepartnerschaftlicher Verbindungen durch die DDR sei. Die Beziehungen zwischen beiden Städten und im Allgemeinen zwischen Frankreich und der DDR auf lokaler Ebene würden so keinen Sinn mehr ergeben: „Es könnte dann auf sie verzichtet werden.“⁹⁹ Der Bürgermeister von Saint-Martin-d'Hères,¹⁰⁰ einem Vorort von Grenoble, der eine Verschwisterung mit dem thüringischen Zella-Mehlis unterhielt, brachte es wie folgt auf den Punkt:

„Seiner Auffassung nach werden die Städtebeziehungen stark beeinträchtigt und eingeengt und kommen als solche nicht zur weiteren Entfaltung. Mit einer solchen ‚Unterordnung‘ der Partnerschaften unter die Arbeit der Gesellschaft sei er nicht länger einverstanden. Er forderte ihre relative Selbstständigkeit und einen stärkeren unmittelbaren Kontakt von Stadt zu Stadt (St. Martin

⁹⁶ SAPMO-BArch, Handel, Versorgung und Außenhandel, DY/13/2914, (HALLE-GRENOBLE) Bericht über Aufenthalt einer Delegation des Rates der Stadt Halle in der französischen Partnerstadt Grenoble vom 15.–25.10.1981 [= (HALLE-GRENOBLE)].

⁹⁷ Ebd., S. 1.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Ebd., S. 2.

¹⁰⁰ Dessen Name im Dokument nicht genannt wird – es handelte sich wohl um den PCF-Politiker Joseph Blanchon, von 1971 bis 1998 Bürgermeister der Stadt.

unterhält Beziehungen zu Zella-Mehlis). Seine Auffassung wurde von anderen französischen Bürgermeistern unterstützt, die die Wirksamkeit der Städtepartnerschaften unter dem Gesichtspunkt der Priorität der Gesellschaft in Zweifel stellten.“¹⁰¹

Fazit: Städtepartnerschaften als Austauschplattform und Propagandamittel

Bislang stellt die Geschichte der Städtepartnerschaften ein nach wie vor unzulänglich behandeltes Forschungsthema dar. Die Erforschung dieses Teilaspekts der politischen Beziehungen im Kalten Krieg verspricht, über die genaue Schilderung von politischen Entscheidungsmechanismen hinaus, persönliche Motivationen und nicht zuletzt Stimmungen sowie Gefühle ans Licht zu befördern, welche die Basis solcher z. T. unreglementierten Begegnungsformen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaften bildeten. Trotz des in den letzten Jahren gesteigerten Interesses für das Thema¹⁰² gilt es nach wie vor, die oft variierenden Grundzüge von Städtepartnerschaften kritisch auszuleuchten und sie vor dem Hintergrund anderweitiger soziokultureller und transnationaler Beziehungen zu analysieren. Ihre Geschichte vermag nämlich, wertvolle Einblicke in den gesellschaftlichen Diskurs hinsichtlich kommunaler Verbindungen über den „Eisernen Vorhang“ hinweg zu eröffnen, bzw. über deren Beständigkeit vor und nach dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus.¹⁰³

Die lokalen Vertretungen der SED waren dazu verpflichtet, die vom Parteivorstand diktierten politischen Ziele zu erreichen. Eine solche pragmatische Ausrichtung war während der 1960er und 1970er Jahre insbesondere im Rahmen der internationalen Verbindungen richtungsweisend, denn die ostdeutsche Staatspartei setzte alles daran, die diplomatische Anerkennung der DDR durchzusetzen. Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die politisch-propagandistische Arbeit auf transregionaler und

101 SAPMO-BArch, Handel, Versorgung und Außenhandel, DY/13/2914, (HALLE-GRENOBLE), S. 5.

102 Vgl. u. a. Lucie Filipová, *Erfüllte Hoffnung. Städtepartnerschaften als Instrument der deutsch-französischen Aussöhnung 1950–2000*, Göttingen 2015; Corine Defrance/Tanja Herrmann/Pia Nordblom (Hg.), *Städtepartnerschaften in Europa im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2020; Kai Pfundheller, *Städtepartnerschaften – alternative Außenpolitik der Kommunen*, Opladen 2014; Janine Krämer, *Ungleiche Schwestern. Darstellung von Städtepartnerschaften am Beispiel Hamburgs Partnerstädten Shanghai und León*, Wien 2018; Steven Brakman/Harry Garretsen/Abdella Oumer, *Town Twinning and German City Growth*, in: *Regional studies* 50,8 (2016), S. 1420–1432.

103 Vgl. Hans Manfred Bock, *Europa von unten? Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindepartnerschaften*, in: Annette Jünemann/Emanuel Richter/Hartmut Ullrich (Hg.), *Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas*, Frankfurt a. M. 1994, S. 13–35; Corine Defrance, *Les premiers jumelages franco-allemands, 1950–1963*, in: *Lendemain* 21,84 (1996), S. 83–95; dies., *Les jumelages franco-allemands. Aspect d'une coopération transnationale*, in: *Vingtième Siècle* 99 (2008), S. 189–201.

translokaler Ebene änderten sich rasch nach dem Abschluss des Grundlagenvertrages 1972/1973. Nach der einstweiligen Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen nach der Unterzeichnung des genannten Vertrages eröffneten sich den ostdeutschen Kommunisten Spielräume zur semiautonomen Verwaltung ihrer eigenen „Westpolitik“. ¹⁰⁴

Diese zumindest partielle Unabhängigkeit war in den Beziehungen auf translokaler Ebene besonders auffällig, wo Persönlichkeiten engagiert waren, die nicht unter ständiger Beobachtung standen und mit ihren ausländischen Gesprächspartnern oft über eine gemeinsame politische Kultur und ähnliche Erfahrungen verfügten. Dessen ungeachtet, benutzte die SED unweigerlich – wie hier gezeigt – vor allem die besonders „namhaften“ Städtepartnerschaften für politische Ziele. Den politischen Charakter städtepartnerschaftlicher Begegnungen wurde in jedem SED-Bericht unterstrichen und hervorgehoben. In der Regel hieß es, die Sicherung des Friedens, die globale Abrüstung sowie die Umsetzung der friedlichen Koexistenz hätten dabei im Vordergrund gestanden. In Wahrheit hatte für die SED vornehmlich die Maximierung des ökonomischen Gewinns Priorität, weshalb Möglichkeiten der Zusammenarbeit im industriellen und gewerkschaftlichen Bereich Vorrang gewährt wurde. ¹⁰⁵

Zu diesem Zweck verschmähte sie auch keine Kontaktaufnahme zu politischen Feinden wie den Christdemokraten, den Sozialdemokraten oder – insbesondere in Frankreich – den Konservativen (bspw. der UDR, Union des démocrates pour la Cinquième République). ¹⁰⁶ Jeglicher kritische Verweis auf diese ungewöhnliche Zusammenarbeit durch den PCI wurde von der SED als inakzeptable Einmischung in innere Angelegenheiten verurteilt. ¹⁰⁷

Die Unzufriedenheit der französischen Bürgermeister fand auf höchster Parteiebene kaum Berücksichtigung. Dies lag daran, dass die Führungen des PCF und der SED den städtepartnerschaftlichen Verbindungen i. d. R. keine übermäßige politische Bedeutung zumaßen. Der kulturelle Charakter und das pure Interesse am zivilgesell-

¹⁰⁴ Vgl. u. a. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen (wie Anm. 1), hier S. 109–117.

¹⁰⁵ Der Inhalt der so genannten „Kampfprogramme“ der Grundorganisation der SED in Frankreich und in Italien, welche sich über die drei Jahrzehnte 1968–1989 im Ton kaum veränderten, kann folgendermaßen umrissen werden: „Ausgehend von der Schlüsselrolle des Volkswirtschaftsplanes ist der Kampf um hohe Leistungen bei der termin-, vertrags- und qualitätsgerechten Realisierung der Planaufgaben und ihre gezielte Überbietung objektkonkret zu führen ... Das erfordert die Konsequente Sicherung der Vertragsbindung des Exportplanes mit Lieferanteilen von 25 % je Quartal ...“ SAPMO-BArch, Abteilung Internationale Verbindungen, DY/30/14297, Kampfprogramm der GO der SED der Botschaft der DDR in Paris für 1985, S. 1; vgl. mit Bezug auf die Botschaft der DDR in Rom: SAPMO-BArch, Abteilung Internationale Verbindungen, DY/30/14379; DY/30/14380; DY/30/14381.

¹⁰⁶ Vgl. u. a. Di Palma, Trouble for Moscow? (wie Anm. 10), hier S. 147–157.

¹⁰⁷ „Wir werden als Modell betrachtet, wie man einmal in der Zukunft in Italien den Sozialismus aufbauen könnte. Diese Meinung wird nicht nur von den Genossen der PCI und der PSI vertreten, sondern zieht sich auch weit hinein in bürgerliche Kreise und Parteien.“ Hier exemplarisch, MfAA, ZR 1671/84, Über den Erfahrungsaustausch, S. 13.

schaftlichen Austausch überwogen auf französischer Seite bis 1989. Der SED hingegen bereiteten die Städtepartnerschaften in verstärktem Maße seit Ende der 1970er Jahre Kopfzerbrechen. Die abrupte Verschlechterung der Wirtschaftsleistung und die politische Krise im Lande veranlassten die ostdeutschen Verantwortlichen zu besonderer Wachsamkeit. Sie setzten demnach alles daran, dass sowohl das vorab propagierte, weitestgehend negative Bild des „kapitalistischen“ Frankreichs als auch das Image der DDR als angeblich demokratisch regierten und fortschrittlich eingestellten „real sozialistischen“ Staates durch unkontrollierte Äußerungen der Delegationen verdreht oder in Frage gestellt werden konnten.¹⁰⁸

Die Inhaltsfestlegung der Partnerschaften war in den jeweiligen Statuten vermerkt, welche mehr oder weniger frei von den Stadträten vereinbart wurden. Zweifelsohne fielen dabei auch auf französischer Seite konkrete vorab kalkulierte Interessen und Zielsetzungen ins Gewicht, welche sich in den Themenschwerpunkten niederschlugen. Der Austausch im Rahmen der ausgetragenen Verschwisterungen trug so durchaus zu Vermittlung und Transfer von spezifischem Fachwissen bei, beispielsweise im Bau-, Elektrotechnik- oder Tourismus- sowie im Schulwesen.

Die Verbindungen im Bereich der Städtepartnerschaften konnten demnach trotz der übergeordneten Ziele der jeweils beteiligten Parteien in einem „Raum des Vertrauens“ stattfinden, in dem die große Politik der Vorstände oft in den Hintergrund geriet. Es war in erster Instanz die sozialistische Dimension an sich, d. h. das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer spezifischen Kultur – bspw. jener des noch in den 1970er und zumindest teilweise in den 1980er Jahren ausstrahlenden Antifaschismus oder des Pazifismus –, welche die Menschen zusammenbrachte und die Praxis der jeweiligen Partnerschaft bestimmte. Themen wie Sport, Architektur, Erziehung, Tourismus oder Gesundheitswesen ermöglichten eine gewisse Distanz zur Politik der Eliten und schufen eine Plattform, bei der Praktiken und Repräsentationen nicht vorwiegend ideologisch, sondern sozial aufgebaut werden konnten.¹⁰⁹

Die Parteimitarbeiter aus zentralen außenpolitischen Stellen – wie hier für den Fall der städtepartnerschaftlichen Beziehungen der SED/DDR zum nichtsozialistischen Ausland exemplarisch dargestellt – als auch deren „Zuarbeiter“, d. h. die jeweiligen Fachexperten, waren stets zur Ausübung ideologisch-politischer Kontrolle und Perpetuierung verpflichtet. Dies beeinflusste ungemein die Art und Weise, wie die Involvierten politische und soziale Situationen angingen, allerdings auf durchaus unterschiedliche Weise, denn die inhärente Spannung zwischen Pragmatismus – etwa im Umgang mit ausländischen Akteuren – und gebotener Loyalität zur Partei führte beinahe naturgemäß zur Ausformung von ganz individuellen, nicht gleichartigen Reaktionsformen auf Vorgaben von oben. Dasselbe galt allerdings auch für die italienischen und französischen „Genossen“. Wie hier gezeigt, fielen die Reaktionsformen von PCI- und PCF-Mit-

¹⁰⁸ Vgl. Pfeil, Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen (wie Anm. 1), S. 392 f.

¹⁰⁹ Vgl. Lindenberger, Eigen-Sinn (wie Anm. 9).

gliedern auf Angebote der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene mit der SED/DDR sehr unterschiedlich aus. Mal gelang ein meist reibungsloser Austausch, wie im Falle der Partnerschaft zwischen Montreuil und Cottbus, mal führten pragmatisch-politische Überlegungen, wie im Falle der Städtepartnerschaften Rudolstadt-Aubervilliers und Florenz-Dresden zu Blockaden oder sogar zum Abbruch der bilateralen Beziehungen.

Stellten also, schließlich, „rote“ Städtepartnerschaften auch die besseren kommunistischen Beziehungen im geteilten Europa dar? Das Dargelegte hat eindeutig gezeigt, dass man nicht verallgemeinern kann. Die damit entstandenen, transnationalen und translokalen Kontakte waren mannigfaltig und bleiben in der Forschung bis dato, wie erwähnt, unterbelichtet. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass den Städtepartnerschaften in der DDR seit Abschluss des Grundlagenvertrages eine eher zweitrangige Bedeutung beigemessen wurde; andererseits liegt dies darin begründet, dass die sozialistische Dimension für die einschlägige westeuropäische Historiographie, die sich eher nationaler Quellen bediente, nicht greifbar war. Die Vielfalt an noch nicht systematisch erschlossenen, dazugehörigen Archivalien aus den Kommunalverwaltungen, darunter auch Korrespondenzen und Tagebüchern, verspricht, eine neue Geschichte subalterner Verbindungen¹¹⁰ über den „Eisernen Vorhang“ hinweg entstehen zu lassen, die weiterhin äußerst aktuell ist und durch neue Publikationen regelmäßig bereichert wird.¹¹¹ Dringend notwendig sind insbesondere weitere Studien zum späten Kalten Krieg (1970er und 1980er Jahre), die eben den Widerspruch zwischen „Utopie“ und Pragmatismus, d. h. über die intrinsische Doppelbödigkeit der sozialistischen Ideologie auch im lokalen und regionalen Bereich aufzeigen und erklären. Der vorliegende Aufsatz ist ein Beitrag zu diesem spannenden Kapitel der Kommunismusgeschichte.

¹¹⁰ Bspw. über die Städtepartnerschaften Bologna – Leipzig, Carpi – Wernigerode, Collegno – Neubrandenburg, Görlitz – Amiens, Dresden – Nancy etc.

¹¹¹ Exemplarisch dazu das im Verlag De Gruyter Ende Dezember 2022 erschienene, hier bereits zitierte Werk von Malice, *Transnational Imaginations of Socialism* (wie Anm. 5).